

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherr.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Höfstraße 16a part.
Telephonruf: Nr. 8800.

Insertionsgebühr pro sechsgepalte Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, Privatanzeigen 2 Mark.
Geschäftsinsertate finden keine Aufnahme.

In einer Aufl. von **445000** EXEMPLAREN erscheint diese Ztg.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ueber die Vorteile der großen Fusionen in der Montanindustrie werden in verschiedenen Handelsblättern aus Anlaß der Veröffentlichung des Abschusses der Phönix-Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb wahre Triumphgesänge angestimmt. „Phönix“ bringt für das Jahr 1909/10 eine Dividende von 15 Prozent gegen 9 Prozent im Vorjahre zur Verteilung, und diese Dividenden-erhöhung vollzieht sich nicht etwa auf Kosten der Abschreibungen, die Reingewinne haben trotz bedeutend gesteigerter Abschreibungen eine ungewöhnliche Zunahme erfahren. Im Oktober 1906 nahm Phönix den Hörder Verein auf, im Februar 1907 das Steinkohlenbergwerk; es wurde ihm durch diese Angliederungen möglich, seinen Halbzugbedarf sowie seinen ganzen Bedarf an Kohlen selbst decken zu können, weiterhin wurde er in seinem Kohlenbezug vom Kohlenyndikat unabhängig. Zweifellos ist die Wirkung des Fusionprozesses, doch um so entschiedener muß betont werden, daß die enormen Mehrgewinne in einem sehr wesentlichen Umfange durch Verabsicherung der Abhänge erzielt worden sind. Ein Vergleich der Ergebnisse des abgelaufenen Jahres mit denen der vorangegangenen Geschäftsjahre ergibt folgendes Bild:

Jahr	Bruttogewinn	Abschreibungen	Reingewinn	Dividende
1905/06	26601005	7634479	16062393	15 Prozent
1906/07	27804623	9101583	18403040	17
1907/08	27391383	12092016	15299367	11
1908/09	25597900	11856899	13741001	9
1909/10	33685412	12888102	20797311	15

Bei den Abschreibungen sind in unserer Aufstellung auch die außerordentlichen Abschreibungen berücksichtigt, die Zahlen der Reingewinne sind entsprechend gekürzt. In Betracht zu ziehen ist ferner, daß im Jahre 1905/06 ein Aktienkapital von 35 Millionen Mark, 1906/07 von 72 Millionen Mark und seit 1907/08 von 100 Millionen Mark an der Dividende teilnahm. Wohl stand das Jahr 1909/10 im Zeichen der Konjunkturerholung, viele Eisenprodukte haben im Preise angezogen, auch aus der Vervollkommnung der technischen Einrichtungen ergab sich eine Verbilligung der Produktionskosten, aber alle diese Umstände allein dürften nicht zur Erzielung der großen Mehrgewinne ausgereicht haben. Nach liegt der Geschäftsbericht des Phönix mit Angabe über die Gestaltung der Lohnerhältnisse in dem verfloßenen Geschäftsjahre nicht vor, aber die Angaben der gleichartigen Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft geben unserer Darstellung eine ausreichende Grundlage. Bei Gelsenkirchener ging die Jahreslohnsomme eines Arbeiters in der Bergwerksabteilung von 1635 \mathcal{M} im Jahre 1908 auf 1448 \mathcal{M} im Jahre 1909 zurück, es verminderte sich also der Lohnbetrag pro Kopf um 187 \mathcal{M} , was bei 30 611 Arbeitern einen Betrag von rund 5 720 000 \mathcal{M} ergibt. In einer Besprechung der Bilanz der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft erklärte der Berliner Börse-Courier in seiner Nr. 274 vom 15. Juni 1910, daß ohne diese Reduktion der Arbeitslöhne Gelsenkirchener nicht 9 Prozent, sondern knapp 5 Prozent Dividende hätte verteilen können. Was für Gelsenkirchener gilt, trifft auch für den Phönix zu; die Industrie- und Börsepreise hat sich merklich abgemindert bei ihrem Jubel über den Phönixabschluß dieses Umstandes nicht mehr erinnernd.

Bedeutend gesteigerte Ertragnisse weist auch der Abschluß des Vöhringer Hüttenvereins Aumetz-Friede für das Jahr 1909/10 aus. Nach Abschreibungen von 2,77 Millionen gegen 2,57 Millionen im Vorjahre ergibt sich ein Reingewinn von 5,64 Millionen gegen 3,87 Millionen für 1908/09. Die Dividende wird 10 Prozent betragen gegen 7 Prozent für das Vorjahr; sie hätte, da der Reingewinn um 1,76 Millionen Mark gestiegen ist, um zirka 6 Prozent erhöht werden können, doch erfolgen besondere Abschreibungen in Höhe von 1,31 Millionen. — Von den Rheinischen Stahlwerken wird eine Dividende von 7 Prozent gegen 6 Prozent im Vorjahre unter Erhöhung der Abschreibungen von 2,62 Millionen Mark auf 2,72 Millionen Mark verteilt. Von dem um rund 500 000 \mathcal{M} höheren Reingewinn werden dem Hochöfen-Erneuerungsfonds 200 000 \mathcal{M} (im Vorjahre 0 \mathcal{M}), dem Zellerbach-Stichto 100 000 \mathcal{M} überwiesen. Ein Werk mittleren Umfangs, bemerkt der Geschäftsbericht der Gesellschaft, das seine Selbstständigkeit behalten und in dem Kampfe nicht durch die ganz großen Konzerne beiseite gedrückt werden will, muß alle Kräfte verarmt halten, um sich die nötige Stokkraft zu wahren. Aus diesen und anderen Bemerkungen kann gefolgert werden, daß die Rheinischen Stahlwerke eine Fusion, von der Gerüchte lange sprachen, oder eine Kapitalserhöhung zur Durchführung von Betriebsverweiterungen beabsichtigen.

Auf dem Zinn- und Zinkmarkt hatte sich, wie wir letzthin mitteilten, eine kräftige Aufwärtsbewegung der Preise vollzogen. Für Zinn nahm diese Bewegung Formen an, die arge spekulative Uebertreibungen erkennen ließen; nunmehr hat sich auch prompt ein entsprechender Rückschlag eingestellt. An der Londoner Börse notierte Zinn im Kassageschäft pro Tonne:

Mitte Juli	148 $\frac{3}{4}$ £	26. August	164 £
Anfang August	151 $\frac{1}{2}$ £	29.	162 $\frac{1}{2}$ £
5. August	152 $\frac{1}{2}$ £	1. September	163 $\frac{1}{2}$ £
15.	154 £	5.	162 $\frac{1}{2}$ £
25.	159 £	6.	164 $\frac{1}{2}$ £

Rapid begannen gegen Mitte des Monats die Preise zu fallen, es stellte sich am 11. September der Preis auf 159 $\frac{1}{2}$ £. Auf dem Zinkmarkt, der sich ruhig, aber stetig entwickelte, hielt dagegen die Befestigung unvermindert an.

Noch schneller als vermutet werden konnte, ist die von uns kürzlich angekündigte völlige Aufnahme der Zellen-Guilleaume-Lahmeyerwerke durch die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft erfolgt. Das Dynamowerk der Zellen-Guilleaume-Lahmeyer-Gesellschaft geht an die A. E. G. in Form einer mit einem Aktienkapital von 10 Millionen Mark und mit Reserven von 3 Millionen Mark ausgestatteten Aktiengesellschaft über. Zu der Uebernahme des Dynamowerkes hat sich die A. E. G. indes nur unter der Voraussetzung entschlossen, daß ihr gleichzeitig ein ausreichender Betrag Aktien der Zellen & Guilleaume-Gesellschaft zu günstigen Bedingungen überlassen wurde. Großaktionäre der Zellen & Guilleaume-Gesellschaft treten 16 Millionen Mark Aktien an die A. E. G. ab, so erlangt diese in Gemeinschaft mit der zu ihr gehörenden Elektrobau in Zürich 32 Millionen Mark Aktien von den im ganzen 55 Millionen betragenden Zellen & Guilleaume-Aktien und hiermit entscheidenden Einfluß auf die Gesellschaft. Der A. E. G. erwachsen aus dieser Verbindung, wie sie selbst erklärt, Vorteile daraus, daß mit der Uebernahme des Dynamowerkes eine lästige Konkurrenz beseitigt und zugleich ein neuer Stützpunkt in Süddeutschland erlangt wird, weiter fällt ihr durch innige Verbindung ihres Mabelwerks mit dem alten Mabelwerk auch auf dem Gebiet des Seelackelwesens die Führung zu. Daß das Mabelwerk der Zellen-Guilleaume-Gesellschaft nicht auch der Form nach mit der A. E. G. verschmolzen wird, bedeutet keinerlei Einschränkung der Fusion, es wird natürlich eine völlig abhängige Aktiendeckung der A. E. G. von der A. E. G. wird das Kapital um 30 Millionen erhöht, 10 Millionen neuer Aktien sind zum Erwerb des Dynamowerkes bestimmt, weitere 10 Millionen zum Erwerb von 16 Millionen Aktien der Zellen & Guilleaume-Aktiengesellschaft, 10 Millionen werden den Aktionären der A. E. G. angeboten, um Mittel für den Betrieb und die Ausgestaltung des Dynamowerkes zu schaffen.

Bei den Mannesmannwerken ist der Umsatz der deutschen Betriebe in dem am 30. Juni ds. J. abgelaufenen Geschäftsjahre von 35,29 Millionen auf 37,76 Millionen Mark gestiegen. Der Gesamtumsatz aller zum Mannesmann-Konzern gehörenden Werke des In- und Auslandes beziffert sich auf 61,92 Millionen gegen 57,03 Millionen Mark im Vorjahre. Nach Abschreibungen, die etwa den vorjährigen gleichen, ergibt sich ein Reingewinn von 3,91 Millionen Mark gegen 4,05 Millionen Mark für das Jahr 1908/09, an die Aktionäre wird, wie im Vorjahre, eine Dividende von 12 $\frac{1}{2}$ Prozent verteilt. — Der Abschluß des Gußstahlwerks Witten ergibt nach Abschreibungen von 127 971 \mathcal{M} (im Vorjahre 361 980 \mathcal{M}) einen Reingewinn von 637 099 \mathcal{M} gegen 678 356 \mathcal{M} im Vorjahre. Die Dividende beträgt wieder 9 Prozent. — Nach den Verlusten, die das Alexanderwerk A. von der Lahmeyer erlitten hat, konnte es sich im Geschäftsjahre 1909/10 nachbittig erholen. Es wies für 1908/09 einen Ueberschuß von rund 200 000 \mathcal{M} aus, aber durch seine Beteiligung an der Deutschen Wachs- & Metall-Aktiengesellschaft erlitt es unter Berücksichtigung seines eigenen Gewinnes einen Verlust von etwa 693 000 \mathcal{M} . In dem Geschäftsjahre 1909/10 erzielte es nach Abschreibungen von 277 229 \mathcal{M} einen Reingewinn von 108 813 \mathcal{M} , der zur Ermäßigung des vorjährigen Verlustes auf 281 286 \mathcal{M} verwendet wird. — Zur Tilgung ihrer Unterbilanz des Vorjahres in Höhe von 329 790 \mathcal{M} verwendet die Braunschweigische Maschinenbauanstalt ihren Ueberschuß, der sich nach den ordentlichen Abschreibungen auf etwa 110 000 \mathcal{M} beläuft, etwa 100 000 \mathcal{M} betragen die außerordentlichen Abschreibungen. — Die Maschinenbau-Aktiengesellschaft vorm. Starke & Hoffmann in Hirschberg wird nach reichlichen Abschreibungen 3 Prozent Dividende ausschütten, im Vorjahre verteilte die Gesellschaft keine Dividende. — Die Peniger Maschinenfabrik und Eisengießerei Penig wird für 1909/10 keine Dividende zahlen, auch für das Vorjahr kam eine Dividende nicht zur Verteilung. Die Beschäftigung des Unternehmens wird von der Verwaltung zurzeit als gut bezeichnet. — Bei 79 265 \mathcal{M} Abschreibungen (im Vorjahre 71 131 \mathcal{M}) schloß die Werkzeugmaschinenfabrik Gildemeister & Co. in Bielefeld die Verteilung einer Dividende von 7 Prozent gegen 8 Prozent im Vorjahre vor. — Erheblich gesteigerte Ertragnisse erzielten die Munitionsmaterial- und Metallwerke Hindrichs-Kuffermann A.-G. in Bendenburg, an denen die Aktiengesellschaft für Federfabrikindustrie in Kassel beteiligt ist; sie zahlen eine Dividende von 12 Prozent gegen 8 Prozent im Vorjahre. — Die Aktiengesellschaft Guß & Genschow & Co., Waffenfabrik in Berlin, gibt bekannt, daß ihr Geschäftsgang in den verfloßenen acht Monaten recht günstig war; die Umsätze sind im Vergleich zu denen in der gleichen Periode des Vorjahres bedeutend gestiegen, während die Ein- und Verkaufspreise ungefähr auf gleichem Niveau geblieben sind. — Ueber einen äußerst stotten Geschäftsgang berichten die Lüdenscheider Metallwerke Aktiengesellschaft; sie teilen einem Handelsblatt mit, sie wären zurzeit so stark beschäftigt, daß sie nicht wissen, wo sie Raum und Arbeitskräfte hernehmen sollen.

Zweck und Bedeutung der Statistik.

Vom Wesen der Statistik hat wohl jeder eine allgemeine Vorstellung, jeder weiß, daß sie die Wissenschaft der Zahlen ist. Damit ist aber eine richtige und präzise Auslegung des Wortes nicht gegeben, um den Zweck und die Bedeutung der Statistik voll zu erkennen und zu würdigen. Statistik bedeutet in dem Sinne, in dem das

Wort gegenwärtig allgemein gebraucht wird, die zahlenmäßige Erhebung und Untersuchung von Massenerscheinungen oder mit anderen Worten jede Auskunft über Zustände und Vorgänge, die darauf beruht, daß beobachtete Einzelfälle unter Absehung von den in Wirklichkeit vorhandenen Verschiedenheiten als gleichartig gezählt und zu Gruppen vereinigt werden. Das Element der Statistik ist nicht das Wort, sondern die Zahl, sie wendet die mathematische Formel an, um Zustände in der Einheit zu schildern; sie kalkuliert nicht, sondern sie ergründet und beweist. Durch diese Eigenschaften ist sie die Grundbedingung des genannten logischen Verfahrens, der sachlichen, unparteiischen Darstellung. Die Statistik beobachtet Tatsachen, verarbeitet diese Tatsachen und ermöglicht durch Zergliederung die Gesetzmäßigkeit der Erscheinungen, ihre Ursachen und Wirkungen zu finden. Im eigentlichen Sinne versteht man unter dem Wort die Anwendung dieser Darstellungs- und Untersuchungsmethoden auf die in Staat und Gesellschaft lebenden Menschen, kurz, auf die zahlenmäßige Untersuchung des gesellschaftlichen Menschenlebens.

Die Statistik hat die Aufgabe, das gesamte Gebiet des menschlichen Seins zu umfassen. Ihre Anwendung hat sich auf alle Zustände, alle Verhältnisse, Einrichtungen und Erscheinungen des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens zu erstrecken. Es gibt kein anderes Mittel als die Statistik, um die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Zustände von Staat und Gesellschaft in Bezug auf ihre Schädlichkeit und Möglichkeit richtig zu beurteilen und zu würdigen.

Für die Arbeiter liegt der Hauptwert der Statistik in der Erforschung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Auf diesem Gebiet haben die Gewerkschaften eine große Kulturarbeit zu erfüllen. Der Staat bringt den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter wenig Interesse entgegen und die herrschenden Klassen scheiden vor unfaßlichen, systematischen statistischen Erhebungen zur Feststellung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Arbeiterschaft zurück, ja suchen sie zu verhindern, weil die Ergebnisse die Verteilung der bestehenden Erträge bedrohen.

Wir wissen im allgemeinen, daß die Lebenshaltung der Arbeiter in Bezug auf Nahrung, Wohnung, Kleidung, Erholung und kulturelle Bedürfnisse eine schlechte ist, aber diese allgemeine Kenntnis genügt nicht, wir müssen erfahren, wie schlecht die Lage der Arbeiter ist, wie viel ihnen fehlt zu einer der Kulturhöhe entsprechenden Existenz, wie groß der Abstand ist zwischen ihrer Lage und der Summe der Kulturwerte, die die Arbeit erzeugt. Das an Hand genommen und zuverlässigen statistischen Materials zu beweisen, ist um so notwendiger, als die Mittel des Kapitals stets und ständig vermehrt sind, die öffentliche Meinung über die schlechte Lage der Arbeiter hinwegzutäuschen.

Es ist nicht zweifelhaft, wenn man die Statistik mit als eine Hauptaufgabe der gewerkschaftlichen Organisation ansieht. Wenn durch die Organisation eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse angestrebt werden soll, muß zunächst feststehen, wie diese Verhältnisse eigentlich sind, auch muß von Zeit zu Zeit festgestellt werden, in welchem Umfang das Streben der Organisation den Erfolg begleitet gewesen ist. Nur die Statistik zeigt uns, wie verschieden sich die Verhältnisse in den einzelnen Orten gestalten, wie sehr oft die gleiche Arbeit recht verschieden bezahlt wird und die Arbeitszeit sehr ungleich ist. Erst die Statistik zeigt den Kollegen in einzelnen Bezirken, daß sie zurückgeblieben sind, erst aus den Vergleichen erfahren viele Arbeiter, wie schlecht es ihnen geht.

Um ihren Zweck vollständig zu erfüllen, ist von großer Wichtigkeit, daß eine Enquete möglichst umfassend ist. Das Streben des Statistikers geht dahin, den Kreis der Verursachenden, die in eine Erhebung einbezogen werden sollen, so weit als irgend möglich zu ziehen. Der Gewerkschaft stehen nicht wie dem Staat Zwangsmittel zur Verfügung, sie kann nur an das Ehr- und Pflichtgefühl der Verursachenden appellieren, um möglichst viele zur Teilnahme an der Statistik zu bewegen.

Das Verständnis für den Wert statistischer Erhebungen ist erfreulicherweise ständig im Wachsen begriffen. Dafür sind die in den letzten Jahren aufgenommenen Erhebungen der gewerkschaftlichen Organisationen ein deutlicher Beweis. Aber viele lassen sich trotzdem noch schwere Unerfahrenheitshindernissen zusehen. Es gibt noch viele Kollegen, die die Ausfüllung eines Fragebogens für eine nutzlose Arbeit erklären oder die der Sache gar ablehnend gegenüberstehen. Das kann und darf nicht sein. Um Ertragsfähiges zuwege zu bringen, ist die Hilfe aller notwendig. Dazu die richtige Mittel ist jedes zu erfassenden Verursachenden ist die ganze umfangreiche Arbeit, die eine statistische Erhebung mit sich bringt, bald maßvoll gemacht. Wer bei einer leibhaftigen Erhebung nicht tätig mitwirkt, begeht einen Verstoß an den Interessen seiner Gewerkschaft und an sich selbst. Die Mitarbeit jedes Organisierten ist eine dringende Pflicht, der sich jeder bewußt sein muß.

Von derselben Wichtigkeit ist die Erläuterung der uns noch fernstehenden Verursachenden. Jeder Organisierte muß bestrebt sein, ihm bekannte Nichtorganisierte, namentlich seine Nebenarbeiter, auf den Wert und die Wichtigkeit statistischer Erhebungen hinzuweisen. Der Verband ist in dieser Hinsicht fast ganz auf die Hilfe der einzelnen Mitglieder angewiesen. Gute Resultate erlangen sich nur, wenn alle Hand in Hand arbeiten.

Der innere Gehalt der Statistik ist noch wichtiger als ihr Umfang. Wird eine Enquete vorweggenommen, ist das erste Gebot vor Ausfüllung der Fragebogen, alle Angaben genau zu überlegen, damit sie jeder Nachprüfung standhalten. Es liegt kein Grund vor, die Laas der Arbeiter schlechter erscheinen zu lassen, als sie in der Tat ist, jeder hat sich dabei zu befleißigen, nur das Niederzuschreiben, was der Wirklichkeit entspricht.

Auf der anderen Seite ist vielfach beobachtet worden, daß zum Besten höhere Löhne angedreht wurden, als die Betroffenen tatsächlich erhielten. Die Arbeiter haben aus laudbarer Schonung ihren Teil gelassen, ihre Mitarbeiter sollten nicht wissen, mit welcher geringen Lohn sie abgeholt wurden. Sie haben nicht bedacht, daß

Die damit die Geschäfte der Unternehmer besorgen, und es bedarf wohl keiner besonderen Betonung, daß derartige Männer nur zum Schaden der Arbeiter ausfallen können. Man halte sich streng an die Wahrheit, nur dadurch gewinnt eine Statistik wirklichen Wert.

Ferner beantwortete man alle Fragen, auch die, die der einzelne für unbesesslich und zwecklos hält. Im großen ganzen spielt jede Frage ihre wichtige Rolle.

Die gewerkschaftliche Statistik hat schon viel Gutes vollbracht, sie wird noch bedeutend mehr erlangen, wenn sich jeder bemüht wird, daß er lebendiges Fleisch am Leibe der Organisation sein muß.

Vor einigen Tagen sind vom Vorstand an die Kollegen des Graveur- und Ziseleurberufes statistische Fragebogen zur Aufnahme einer Erhebung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse dieser Berufsgruppen ausgegeben worden; in den nächsten Wochen werden zum gleichen Zweck an die Kollegen des Dreherberufs- Fragebogen verteilt. Alle Kollegen dieser beiden Branchen müssen in ihrem eigenen Interesse bestrebt sein, die ausgegebenen Fragebogen genau ausgefüllt zurückzusenden; jeder einzelne muß es für eine selbstverständliche Ehrenpflicht halten, daß für seine Person und für den Betrieb, in dem er arbeitet, ein Fragebogen in die Hände der Organisation gelangt.

Neues aus dem Christenlager.

Bs. Bekanntlich ist man sich im Lager der gläubigen Christenheit sehr wenig einig über die Lehren der eigenen Religion. Es gibt eine ganze Anzahl von Konfessionen und innerhalb der Konfessionen wieder Richtungen, die im Besitz der einzig wahren Lehre zu sein sich rühmen und die Angehörigen der anderen Konfession oder Richtung für Irrende, für Ketzer oder Heiden erklären. Selbst in der katholischen Kirche ist der Wurm des Zweifels, der Neuerung; der oberste Wächter des Glaubens in Rom hat alle Hände voll zu tun, um mit Engländern und anderen Kundgebungen die Zweifler und Neuerer zum Gehoriam und zum Glauben zurückzuführen. Auch die christliche Arbeiterbewegung ist von den Irrungen und Wirrungen betroffen. Man weiß, daß nach strenggläubig katholischer Anschauung die Arbeiter ihren Blick mehr auf das Jenseits als auf das Diesseits zu richten haben, daß es ihnen zwar nicht verboten ist, sich zur Besserung ihrer Lage mit irdischen Dingen zu beschäftigen, daß sie das aber immer nur tun sollen unter steter Führung und Aufsicht der Kirche, deren Vertreter dann schon dafür sorgen werden, daß die Säme der Begehrlichkeit nicht in den Himmel wachsen, daß das Streben der Arbeiter nach Besserung ihrer Lage sich in jenen Grenzen hält, wo weder der Gehad des Kapitalisten noch der Opferstod der Kirche zu fürchten hat. Es gibt katholische Arbeiter, die in diesen Wegen wandeln und sich in ihrem Eum und Laffen um keines Haares Breite von den Weisungen ihrer kirchlichen Führer und Lehrer wenden, und es gibt auch solche, die weil sie sonst Bewegungsfreiheit in wirtschaftlichen Dingen für sich beanspruchen. Der Leser weiß, worum es sich handelt. Es ist der Streit der katholischen Facharbeiter und der christlichen Gewerkschaften, der Streit der Konfessionellen und der Interkonfessionellen, der Streit der Berliner und der Münchener-Glabdacher. Es handelt sich dabei nicht um eine bloße Organisationsfrage, sondern der Kampf erweitert sich zu einer Auseinandersetzung um die Weltanschauung, um den rechten Glauben. Beide Richtungen stützen sich zur Rechtfertigung ihrer wirtschaftlichen Bestrebungen auf Papst und Bischöfe, auf Christentum und Kirche, und da sie, aller brüderlichen Liebe zum Trost, sich darin nicht einig können, so folgt daraus, wie das unter Christenleuten nur einmal so üblich, daß sie sich gegenseitig den rechten Glauben absprechen. Wie es in dieser Beziehung im Lager unserer frommen Gegner zugeht, das lehrte uns eine aus dem Kreise der Facharbeiter kommende, als Sekt 2 der Materialien zur Beurteilung des Gewerkschaftsproblems unter den deutschen Katholiken bezeichnete Broschüre: „Das Christentum der christlichen Gewerkschaften.“ Von S. Windolph, Vikar an der St. Josefskirche in Bochum.

Windolph sieht in einer Gewerkschaft eine Organisation zur Verfolgung wirtschaftlicher Zwecke. Aber für ihn als gläubigen Mann hängen die gewerkschaftlich-wirtschaftlichen Bestrebungen untrennbar mit den Forderungen des Rechtes, der Religion und der Sittlichkeit zusammen, und da Recht, Religion und Sittlichkeit für den Katholiken nur im Christentum ihre Norm finden, so kann eine Gewerkschaft nur auf dem Boden des Christentums, wie es die katholische Kirche lehrt, mit Erfolg ihre Aufgabe, die gebrüderliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, durchführen. Nur die sittlichen Kräfte des Christentums ermöglichen die zersplitterte Gewerkschaft zu erneuern, nur sie vermögen die verhärteten Herzen der Arbeiter und Unternehmer wieder zu jähigen und einander zu nähern. Eine

Arbeiterorganisation, die die enge Verbindung zwischen Religion und Wirtschaftsleben nicht knüpft und ihre Mitglieder nicht immer wieder darauf hinweist, gewöhnt schließlich die beteiligten Kreise daran, die gewerkschaftlichen Fragen ausschließlich nach materiellen Gesichtspunkten und damit vom Standpunkt des Stärkeren aus zu betrachten. Bei dem natürlichen Schwergewicht der wirtschaftlichen Interessen bedeutet das aber nichts anderes, als fast das ganze menschliche Leben getrennt von der Religion aufzufassen. Das führt jedoch mit psychologischer Notwendigkeit zunächst zu einer inneren und zuletzt auch äußeren Entfremdung vom christlichen Glauben überhaupt, sowie zu zahlreichen Verirrungen und Verfehlungen im einzelnen.

So Viktor Windolph. Wir stehen auf einem andern Standpunkt. Wir lassen die Religion, wie das unsere Gegner, die Unternehmer, auch tun, bei unseren wirtschaftlichen Bestrebungen aus dem Spiel; wir betrachten die wirtschaftlichen Kämpfe als Machtkämpfe und würden uns als Arbeiter für Gtel halten, wenn wir von der uns zur Verfügung stehenden Macht nicht Gebrauch machten, um unsere Forderungen durchzusetzen zugunsten unserer Klasse, von der wir überzeugt sind, daß ihr Wohl das Wohl der Gesamtheit bedeutet. Von diesem unserm Standpunkt werden wir lächeln über die Anschauungen eines Mannes wie Windolph, wir werden die, die sich in seinen Geleisen betätigen, als Arbeitergehülfe bekämpfen. Aber das hindert uns nicht, anzuerkennen, daß der Mann vom Standpunkt des gläubigen Katholiken durchaus folgerichtig vorgeht. Was er lehrt, das findet sich in den Lehren der katholischen Kirche, das findet sich in den Enzykliken der Päpste, den Hirtenbriefen der Bischöfe, soweit sie sich mit der sozialen Frage beschäftigen; das ist zu lesen bei Bischof Ketteler, im Fuldaer Pastoral der deutschen Bischöfe und in hundert anderen Kundgebungen katholischer Kirchenleute und Sozialpolitiker.

Es ist deshalb auch durchaus folgerichtig, daß Windolph, der ganz im Sinne der Berliner Facharbeiter spricht, in der Theorie wie in der Praxis zur Beurteilung der christlichen Gewerkschaften nach München-Glabdacher Muster kommt. Es wird ihm, dem das Material zur christlichen Gewerkschaftsfrage sehr geläufig ist, gar nicht schwer, die Widersprüche und die Widersinnigkeiten der München-Glabdacher Theoretiker nachzuweisen, als als Katholiken auf die Lehren ihrer Kirche zu hören und als Sozialpolitiker ein „interkonfessionelles“ Christentum erfinden, die da sagen vom der „gemeinsamen christlichen Weltanschauung“, vom „Boden des Naturrechts“ und allerhand sonstigen Dingen, um sich aus dem Zweifelpalast zu retten, in den sie ihre interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften einerseits vor der Kirche, andererseits vor den Arbeitern gebracht haben. In dieser Beziehung bietet Windolphs Schrift eine überaus reiche Fundgrube von Material zur Kenntnis des christlichen Gewerkschaftsproblems. Windolph schließt mit der Bemerkung, daß er lediglich habe Tatsachen sprechen lassen; er hofft beweisen zu haben, „auf welche verhängnisvolle Bahnen die christlichen Gewerkschaften gedrängt werden, weil sie sich nicht dazu entschließen können, die Unklarheiten und grundsätzlichen Irrtümer aus ihrem Gewerkschaftsprogramm auszumerzen. Mögen sie auch zehnmal betonen, eine Gewerkschaft dürfe selbstverständlich die christlichen Grundzüge nicht verlassen, so muß doch diese Praxis solange immer wieder mit jener Forderung in Widerspruch geraten, solange die gewerkschaftliche Theorie nicht in vollkommenem Einklang mit den grundlegenden christlichen Prinzipien gebracht ist.“

Wir wollen nicht den katholischen Facharbeitern nach dem Munde reden, immerhin kann man ihnen den Mut der Konsequenz nicht absprechen. Sie sind in erster und letzter Linie Katholiken und entschlossen, die Lehren ihrer Kirche unter allen Umständen zur Anwendung auch im Wirtschaftsleben zu bringen. Dabei geraten sie praktisch auf Abwege, im Gegensatz zu der klaffenbewußten Arbeiterbewegung, wobei ihr Fanatismus sie vor keinem Streikbruch, keinemerrat der Klassenengen zurückschrecken läßt. Das verurteilt sie zum Untergang, trotz der Gump von Papst und Bischöfen. Die christlichen Gewerkschaften, deren Theorie auf Unklarheit und Unwahrheit beruht, haben sich, wenn es ihnen gelegentlich auch immer noch auf ein Verstecken nicht ankommt, doch im allgemeinen dem Klassenkampfe angeschlossen. Aber darum werden sie doch nicht das Ziel erreichen, wonach sie so sehr nach streben: die Führung der neuzeitlichen Arbeiterbewegung oder doch einen derartigen Einfluß zu erlangen, daß die Arbeiterklasse von der durch den Sozialismus vorgezeichneten Bahn abzuweichen genötigt wäre. Im Gegenteil, trotz ihres „interkonfessionellen“ Christentums, trotz ihrer „Neutralität“ den politischen Parteien gegenüber, weiß man zur Genüge, in wessen Dienst sie stehen und weichen Arbeit sie verrichten. Mögen sich die Konfessionellen und die Christlichen, die Berliner und die München-Glabdacher im Streite um das „wahre Christentum“ die Haare vom Kopfe reißen, die Tatsache, daß beide im Dienste rückständiger, völkerverderblicher Bestrebungen politischer und kirchlicher Art stehen, wird genügen, die Arbeiter über ihr Wesen aufzuklären und

sie von den christlichen Organisationen beiderlei Art fernzuhalten. Welche von beiden Richtungen am ersten verlassen und verloren sein wird, darüber mögen sich die selbstlichen Christenbrüder weiter streiten. Für das Material, das dabei zur Klärung der Arbeiter absfällt, wollen wir ihnen, so wenig sie sonst den Dank anständiger Leute verdienen, doch dankbar sein.

Achter Internationaler Sozialistischer Kongress.

(Kopenhagen, 28. August bis 3. September 1910.)

(Schluß.)

Den für die Gewerkschaften wichtigsten Punkt des Kongresses bildete die gewerkschaftliche Einigkeit.

Wie die Leser der Metallarbeiter-Zeitung aus Berichten über die österreichische Gewerkschaftsbewegung wissen, ist dort durch die tschechische Zentrale der Sozialdemokratie in Prag eine Spaltung der Gewerkschaften hervorgerufen worden. Diese Spaltung der gewerkschaftlichen Einheit in Oesterreich verläßt gegen den Beschluß des Stuttgarter Sozialistischen Kongresses, der ausgesprochen hat, daß die Einheitslichkeit der Gewerkschaftsorganisation im Interesse des Proletariats im Auge zu behalten ist, weil die Gewerkschaften um so erfolgreicher den Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu führen vermögen, je einheitlicher ihre Organisation ist. Die tschechischen Separatisten vertreten den Standpunkt, daß die Stuttgarter Resolution ihre Zersplitterungspolitik bede. Die Reichskommission der Gewerkschaften Oesterreichs beantragte deshalb, daß der Kopenhagener Kongress über diese Frage eine Entscheidung fälle. Ihre Resolution, die sie dem Kongresse vorlegten, wurde von der vorbereitenden Kommission des Kongresses ergänzt, so daß sie in folgender Fassung an das Plenum des Kongresses gelangte:

„Der Internationale Sozialistische Kongress zu Kopenhagen erneuert seine in Stuttgart beschlossene Resolution über die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften, insbesondere in dem Punkte, daß die Einheitslichkeit der Gewerkschaftsorganisation in jedem Staate im Auge zu behalten und eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist.“

In vierzig Sprachen Staaten müssen selbstverständlich die einheitlichen Gewerkschaften den sprachlich-kulturellen Bedürfnissen aller ihrer Mitglieder Rechnung tragen.

Der Kongress erklärt ferner, daß jeder Versuch, internationale einheitliche Gewerkschaften in national-separatistische Zelle zu zerschlagen, der Absicht dieser Resolution des Internationalen Sozialistenkongresses widerspricht.

Das Internationale Sozialistische Bureau und das Internationale Sekretariat der Gewerkschaften werden aufgefordert, den unmittelbarer interessierten Parteien ihre Dienste zur Verfügung zu stellen, um die darüber vorkommenden Konflikte zu ebner, in einem Geiste der Verständigung und der sozialistischen Brüderlichkeit.“

Die Separatisten hatten dem Kongresse eine Resolution vorgelegt, nach der „die Einheitslichkeit der Arbeiter jeder Nation die Grundlage der internationalen Solidarität der Arbeiter aller Nationen ist“, der Kongress sollte weiter erklären, „daß jeder Versuch, die bestehende Einheitslichkeit der Arbeiterchaft jeder Nation zu sprengen oder zu stören, den Grundätzen der sozialistischen Internationale widerspricht“. Der Staat Oesterreich als acht Nationen umfaßt, so würde man, wenn der Kongress die burschischen Argumente der Separatisten anerkannt hätte, in kurzer Zeit mit acht Gewerkschaftszentralen in Oesterreich haben rechnen müssen. Denn was den Tschechen recht, wäre den übrigen Nationen billig; das eine solche Vielgestaltigkeit der gewerkschaftlichen Organisationen, bei der zwar der „Nationalismus“ jeder Zunge seine Rechnung fände, für die Arbeiterchaft von der größten Schädlichkeit sein würde, darüber braucht kein Wort weiter verloren zu werden. Da der Kongress die Resolution der Kommission mit allen gegen die Stimmen der tschechischen Separatisten angenommen hat, so werden sich diese zu entscheiden haben, ob sie auch fernerhin als ein Glied des internationalen Arbeiterbundes gelten wollen. Was bis jetzt über ihre Haltung zu dem Kongressbeschlusse verlaunt, ist leider nicht ersichtlich. (Siehe die Korrespondenz aus Oesterreich auf Seite 311.)

Einen weiteren, besonders die Gewerkschaften berührenden Punkt bildete die Frage der

Organisation der internationalen Solidarität.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands hatte sich in seinem Bericht unter anderem dahin ausgesprochen, daß er eine Organisation der internationalen Solidarität als ein wichtiges Verlangen betrachte. Die Betätigung der internationalen Solidarität hänge ab von dem Solidaritätsgefühl, das innerhalb der nationalen Organisation vorhanden sei. Soweit es sich um finanzielle Leistungen handle, habe die deutsche sozialdemokratische Partei die Erfahrung gemacht: „Öffentliche Sammlungen aus-

gewesen ist. Der Partei oder dem Verband daraus Vorteile zu machen, ist töricht. Ein großer Baum wirft, wenn die Zeit gekommen, die faulenden und ungesunden Anhängel ab. Sie fallen zu Boden, faulen und verweseln. Geht, sie verbreiten Miasma, aber das ist bei Dumm und Dingen nicht anders. Er beschützt das Wachstum. Mögen die Herrschaften schimpfen, wir wachsen, gedeihen und schreiten voran.“

Während Ehren-Lebins mit seinen Zeugen Recht hatte, scheint der Breslauer Staatsanwalt in solchen Sachen mehr Glück zu haben. Genosse Albert von der Breslauer Volkschaft hatte in einer Verleumdungssache der Staatsanwaltschaft gegen sich den Regierungsrat Groß als Zeugen dafür angegeben, daß es der Polizei wohl bekannt sei, wer dem unglücklichen Arbeiter Biewald die Hand abgehakt hat. Das Gericht lehnte die Ladung des Zeugen Groß als „nicht zweckdienlich“ ab. Einer Ladung durch den Verteidiger Alberts entging der Polizeirat dadurch, daß sein Vorgehender ihm nicht gestattete, vor Gericht auszusagen. So geschah in Breslau A. D. 1910. Breslau liegt nämlich in Preußen. Wenn sich jemand finden und behaupten würde, Breslau liege in Transbaikalien oder noch östlicher, der würde schon bei den russischen Staatsrichtern ankommen. Der Würdiger unjeres Kollegen Fleckmann ist auch bis heute weder von der Staatsanwaltschaft noch von der Nürnberger Polizei ermittelt worden. Es ist ja bekannt, daß die Nürnberger keinen hängen, sie hätten ihn denn. Stimmst ichen.

Et cetera.

Die Herden und die Vögel. Die Reden Wilhelm II. Vorübergehende Erscheinung. Ein landläufiger Spruch. Des jenseitigen Himmels! Der Himmels laffen auf. Dem Himmels reden! Die Rede in den Unterirden. Herr oder Frau Lebins? Zwei Kampagnen. Wundervoller Dinger. Der Dresdener Handwerker. Krampf der Kräfte. Ob die Wundervoller hängen wollen. Ein zweijähriger Streit. Die Polizei des Geistes. Die Polizei als Staatsbeamter. Dichtliches Verfahren von Staatsanwalt und Gericht.)

Die Welt wird jähner mit jedem Tag, wer weiß, wie das noch enden mag? Es gibt und brodeln an allen Ecken und Enden, wie in einer Herden. Die wache oder müder jähneren Protestbewegungen gegen die höchsten Angehörigen haben ausgebrochen. Die lockende Volksrede hat jähner Stoff erhalten. Der derzeitige König von Preußen hat wieder einmal eine Rede gehalten, worin in buntem Gemisch kirchliche Unrichtigkeiten mit religiösen und weltlichen Aufstellungen vermischt. Daß der Kaiser von Wilhelm II. gelobt, der Parlamentarismus ihm nicht besonders imponiert, hätte doch eigentlich niemand wundern können. Wilhelm II. redet gern und redet viel. Warum denn seine Reden trostlos sein? Warum denn Protestbewegungen? Warum sind wir unzufrieden, den jähneren ist? So aber unzufrieden hat eine Meinung gewonnen. Was ist denn davon geworden? Schwere Strafe trägt den, der andere an jähnerer Arbeit hindert? Sperren die Unterthanen trotz des Reichstages nicht Inhaft aus? Die Sozialdemokratie ist eine vorübergehende Erscheinung? Na, das „Vorübergehende“ dauert ein bißchen lange. Geht, die Besatzungen über das ganze Reich, das „von Gottes Gnade“ u. i. v. die wegweisende Aufsicht über Parlamentarismus u. i. v. Konstitutionen heranzuführen, wenn — ja wenn Veranlassung vorläge, diese Aufsicht auch zu verlegen. Geht, sie werden mit und wegen erweisen sich der Welt als total landläufig. Wachsen wir nicht, daß bei solchen Reden zum Erliegen das Glas erhoben wird und irgend eine Person, ein Regiment oder eine Abteilung mit einem dreifachen Gott bedacht wird.

Interessant an der Königsberger Rede ist nur der Hinweis, daß uns das Bild der Königin Zeile lehren soll, kriegerische Tugenden zu pflegen und Opfer zu bringen, wie in der Zeit, als Frauen und Mädchen sogar ihre Haare nicht schnitten. Da lieber Gott, heutzutage, bei der jähneren Staatshilfe, müssen alle, von Greis bis zum Kinde, Haare lassen. Die Erhebung der Kronelation, der jähneren Reichstages und Parlamentarismus ist wasch einem „des Herr von

Kopfe! Leider stellt man es neuanthem frei, sich diesen Opfern zu erziehen. Ob aber heutzutage, wo das Loppet und der Schignon wieder im Flor sind, die bewußten Frauen und Mädchen sich freiwillig ihres natürlichen Haarwachstums berauben würden? Kebrigens ist nicht zu vergessen, daß eine Königsrede noch lange keine königliche Rede ist, und — daß redende Könige schwiegen, wenn die Vögel die Wort erheben.

Trotzdem die Presse der Samburger Verleiberer und Pfeffersacke mit Euphorie vermeldet, daß die ansitzenden Firmen auf die Einstellung Arbeitswilliger verzichteten, weiß die Arbeiter-Zeitung zu berichten, daß gegen die Arbeitswilligen „große Anstrengungen“ unternommen haben. Drei Streikende sollen verhaftet worden sein, weil sie mit Redaktionen, Gewerkschaften und Dolmetschern verhandeln, die Arbeitswilligen von der Arbeit abzuhalten. Die Arbeiter-Zeitung ist sehr schick unterrichtet. Die Streikenden haben viel kräftigere Waffen. Sie man uns mitteilte, hat die Polizei um Veranlassungen der Arbeitswilligen nicht ankommen zu lassen, nicht angegeben, was für Waffen die Streikenden ausgeführt sind. Einer hatte, zum Lohn es uns auf Wort glauben, in der Bekleidung: ein — Maßigeneuge wehr. Der zweite hatte keinen — Holenboden mit ein paar niedrigen See — in einem ausgepöckelt (er konnte deshalb nur Streikenden steuern). Der dritte trug die Gewandtheit so weit, daß er den Arbeitswilligen die „gefällte Kappottschäffel“ präsentieren wollte. Der was das nicht glaubt, der ist bei. Ansonst der Arbeiter-Zeitung oder des Mund des Herrn oder der Frau Lebins zu werden.

Der Lebins, der ewig Klagenbe, aber nicht Klagenwiderstande, ist nicht wieder jähner in den Deutschen Metallarbeiter-Verband. Derlebe Herr, der sich auf eben hat absetzen lassen, wußte, daß er Person, die in einem Prozeß gegen ihn ausgesprochen hatten, Geldgebende angegeben hat, der ist zu Geld denken anbielt, um für die Klame zu wachen, jähner oder jähner über verwerfliche Klagschlichtigkeit schreiben. In Nr. 31 des Buchs hält er eine gewaltige Rede gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband, wann immer der Herr — Diejenige! — und in den Armen liegen bis heute. Es entgeht niemandem, wieviel Herr Diejenige, der Befehl des Berliner Sozialdemokraten, gläubige Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes den Vorwurf des Streikens machen zu können. Herr Lebins leidet im Stillsitzen. Das ist bitter, aber — sapientia sal! Es ist nicht darauf hingewiesen worden, daß Lebins Sozialdemokrat und Diejenige Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

zuschreiben, ist nur bei großen, die Massen bedenkenden Anlässen empfehlenswert. Zu oft veranlaßt, werden öffentliche Sammlungen auf die Dauer verfallen. Öffentliche Sammlungen sollen nur von den Zentralinstanzen der Partei und der Gewerkschaften oder von beiden gemeinsam ausgeführt werden. Die Belgier hatten einen langen Speisegabel überreicht, der von der Kommission ad acta gelegt wurde. Zum Beschluß wurde der folgende Antrag nach einer Aenderung in folgender Fassung erhoben:

„Der Internationale Sozialistische Arbeiterkongreß von Kopenhagen, in Anbetracht des hervorragenden internationalen Charakters der proletarischen Bewegung und in Erinnerung an die Traditionen, die seit den Tagen der ersten Internationale unter den Arbeitern immer hochgehalten worden sind,

fordert die Arbeiter aller Länder auf, wenn ein Kampf zwischen Kapital und Arbeit solche Dimensionen angenommen hat, daß die Arbeiterschaft des Landes, wo der Streit entbrannt ist, aus eigener Kraft denselben offenbar nicht durchzuführen kann, die kämpfenden Genossen so kräftig, als dies nach dem Stande der Bewegung jedes Landes nur möglich ist, moralisch und materiell zu unterstützen, um die gebieterische Pflicht der Arbeiterolidarität in dieser Weise durch die Tat zu erfüllen.

Se nâher die Arbeiterklasse auch in ihrer gewerkschaftlichen Aktion dem Kapitalismus auf den Leib rückt, um so mehr wird die Organisationsarbeit beiderseits beschleunigt werden. Die Macht des Kapitals trotz in Kleinstücken, in Parteien und in nationalen und internationalen Unternehmerverbänden konzentriert, die Arbeiter schließen ihrerseits ihre Kraft vor allem in gewerkschaftlichen Landeszentralen zusammen. Infolge dieser gegenseitigen Konzentrierung der Kräfte nimmt der Klassenkampf zum Teil neue, umfassendere Formen an. Gewerkschaftliche Massengesetze, von Kleinstausperrungen provoziert, werden, wie wir es in Dänemark 1899, in Schweden 1909, in Deutschland 1910 gesehen, bald hier, bald da entbrennen. Der Klassenkampf wird sich folglich in den kommenden Jahren voraussichtlich noch umfassender und einheitlicher gestalten. Um so mehr muß dann auch die Arbeiterklasse dafür sorgen, daß sie im gegebenen Moment dort, wo die Arbeiterschaft eines ganzen Landes oder eines ganzen Gebietes ohne internationale Unterstützung der Uebermacht des Kapitals erliegen müßte, ihre ganze Kraft einbringen können.

Der Kongreß empfiehlt der gewerkschaftlichen Internationale, zu untersuchen, welche Formen der internationalen Arbeiterolidarität die zweckmäßigsten sind. Für die nächste Zeit empfiehlt der Kongreß: das immer nähere und dauerhaftere Zusammenwirken der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen, in jedem Lande und über die Grenzen hinaus;

die Abänderung von solchen gewerkschaftlichen Satzungen, die einer schnellen und wirksamen internationalen Hilfsaktion hinderlich sein können;

die Verbesserung und Erweiterung der internationalen Verbindungen der sozialdemokratischen Arbeiterpresse; besonders werden die sozialistischen Journalisten in dem Lande, wo ein großer Kampf in Aussicht steht oder schon begonnen ist, an die Verpflichtung erinnert, ihre ausländischen Kollegen über die Situation schnell und korrekt auf dem laufenden zu halten, die ihrerseits verpflichtet sind, die Berichte, um das Interesse und die Sympathie der Arbeiterschaft überall nachzurufen und um den allzuoft direkt erlogenen „Neugierde“, die, um die öffentliche Meinung zu täuschen, von im Dienste des Kapitals stehenden Zeitungen und Bureaus verbreitet werden, rechtzeitig entgegenzutreten, unmittelbar zu verwenden.

Auch von diesem Gesichtspunkte aus ist es für die ganze Arbeiterbewegung von höchster Bedeutung, daß in allen Ländern eine sozialistische Presse emporkommt, die Kraft genug besitzt, die breiten Volksschichten von der lähmenden Einwirkung des bürgerlichen Zeitungswesens freizumachen.

Sowohl in der Kommission wie im Plenum wurde besonders den Engländern ihr unsolidarisches Verhalten bei der schwedischen Ausperrung vorgeworfen und aufs schärfste verurteilt. Die Verteidigung der Engländer durch Anderson war mehr als schwach. Er führte unter anderem an, daß die englischen Gewerkschaften zur Zeit der schwedischen Ausperrung unter großer Arbeitslosigkeit zu leiden gehabt hätten. Auch ihre Statuten hinderten sie an der sofortigen Bewilligung größerer Geldsummen, es sei dazu eine Urabstimmung erforderlich. Auch besäßen sie keine Tagespresse, die die englischen Arbeiter über den Kampf aufklären hätte. Die Gewerkschaftskommission Großbritanniens werde aber jetzt dahin wirken, daß die Statuten geändert und die Pflichten der internationalen Solidarität in Zukunft erfüllt werden könnten. Kollege Huggler (Schweiz) als Referent und Kollege Cohen ließen aber diese Ausreden nicht gelten. Kollege Cohen führte im Plenum aus:

„Was Anderson gesagt hat, war das Beste, was er sagen konnte. Es wäre uns aber lieb, wenn wir erfahren hätten, ob er seine Erklärung nur im eigenen Namen oder im Namen und Auftrag der englischen Gewerkschaften abgegeben hat. Dann erst hätte diese Erklärung den richtigen Wert. Wir haben mit einigen Stämmen die Redewendung gehört, daß der Gedanke des Sozialismus sich erst jetzt in England durchsetzt, und daß die Engländer auf diesem Kongreß viel gelernt hätten. Sie nehmen ja schon seit langem an den Internationalen Kongressen teil, und da haben wir diese Rede-

solchen doppelten Ausbeuter eher zur Reision bringen, als eine mehr als lächerlich geringe Geldstrafe. Aber auch nach einer andern Seite hin wäre der Versuch gut. Es wäre sehr interessant zu beobachten, welchen Effekt solcher Streit beziehungsweise Sperre bei den anderen Unternehmern und bei den Behörden auslösen würde. Sperren die Arbeiter einen solchen Unternehmer, so geschieht das, um der Majestät des Gesetzes Achtung und Respekt zu verschaffen. Wenn der geberrte Unternehmer einem Unternehmerverband angehört, würde der Verband in anderen Betrieben ausweichen? Den betrügerischen Unternehmern unterstützen? Man komme nicht mit dem Einwand, daß der Versuch gerichtlich geahndet wurde. Wenn man einen armen Teufel für eine Handvoll Rohlen auf Monate ins Gefängnis wirft und einen betrügerischen Fabrikanten nur ein paar Mark Geldstrafe aufbrennt, so ist das ein Lohn auf das Rechtsempfinden.

Was aber würden die Behörden tun? Die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung wären hier doch sicherlich nicht anwendbar, da die Arbeiter nicht für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen streiken. Wie würde die Polizei, der Staatsanwalt, das Gericht in diesem Falle die Streikposten behandeln, wenn hier die sogenannten „Besichtigungen“ stattfänden. Aufgabe der Polizei ist nach dem allgemeinen Landrecht, die dem Publikum drohenden Gefahren abzuwenden zc. Nun, das ist doch sicherlich eine öffentliche Gefahr, wenn Arbeiter, die sich versichert wähnen, der öffentlichen Armenpflege zur Last fallen, weil ein betrügerischer Unternehmer die Beiträge unterschlagen hat. Es liegt doch sicher im öffentlichen Interesse, daß den gesetzlichen Bestimmungen Geltung verschafft wird. Also, es ist anzunehmen:

1. Die Polizei wird ihre verfügbaren Kräfte den Streikenden zur Seite stellen, damit der Streit oder die Sperre erfolgreich durchgeführt wird.
 2. Der Staatsanwalt wird die eventuell Arbeitswilligen, die durch Blinde, Warte, Gebübden und in ähnlicher Weise den Streikposten (Beteiligte und Polizisten) ihre Mißachtung fühlend lassen, unter Anklage stellen.
 3. Das Gericht wird den unter Anklage gestellten Arbeitswilligen die volle Schwere des Gesetzes fühlend lassen, weil sie Personen, die die höchste Bürgerpflicht — die Befolgung der Gesetze — auf gesetzlichem Wege zur Durchführung verhalten, mit Mißachtung behandelt haben.
- Das werden Polizei, Staatsanwalt und Richter tun! Oder nicht?

wendungen schon recht oft gehört. Deshalb sollte man endlich einmal erklären, daß die englischen Gewerkschaften mit den notwendigen Reformen Ernst machen wollen. Anderson hat bewiesen, daß in den meisten englischen Gewerkschaften für größere Gebührensabgaben die Urabstimmung gefordert wird. Das war uns sehr wohl bekannt. Aber die englischen Gewerkschaften sind gleich zu Beginn des Kampfes durch Delegierte der schwedischen Arbeiter über den Stand der Dinge unterrichtet worden und hätten sehr wohl die Möglichkeit gehabt, während des wochenlangen Kampfes die Urabstimmung vorzunehmen. Bei einem so ausgebreiteten Kampfe ist weitestgehende Unterstützung notwendig. Es scheint aber hier und da an dem guten Willen gefehlt zu haben. Anderson hat sich darüber beklagt, daß die Resolution nicht ganz klar und deutlich gehalten wäre. Aber wenn wir Deutschen gesprochen hätten, dann hätte die Resolution sich ganz wesentlich mit den Beschlüssen der englischen Genossen beschließen müssen. So wurde nur von einem bedauerlichen Vorkommnis gesprochen. In der Kommission hat Anderson das Ausbleiben der englischen Hilfe auch damit entschuldigend, daß damals in England selbst große Arbeitslosigkeit geherrschet habe. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß damals in England etwa 5 bis 6 Prozent der Arbeiter ohne Arbeit waren, während in Deutschland die Arbeitslosigkeit gleichzeitig bis auf 12 Prozent stieg. Trotz alledem haben wir unsere Schuldigkeit gegenüber den schwedischen Genossen erfüllt und können daher diese Entschuldigung der Engländer nicht gelten lassen. Bei den bekannten hohen Massenbesänden der englischen Gewerkschaften wäre es ihnen doch leichter als uns gewesen, ihre Schuldigkeit zu tun. Wir verlangen deshalb mehr als eine persönlich unverbindliche Erklärung des Genossen Anderson, damit wir wissen, daß endlich die englischen Verhältnisse sich in dieser Beziehung gebessert haben.

Es wird sich ja bald zeigen, ob die englischen Gewerkschaften das Versprechen des Delegierten Anderson einlösen und die nötigen Reformen durchführen werden. Nach den bisherigen Erfahrungen wird man sich aber noch mit einiger Geduld wappnen müssen.

Ueber das Genossenschaftswesen

waren auf dem Kongreß sehr gegensätzliche Auffassungen vorhanden. Die angenommene Resolution beruht auf einem Kompromiß; sie lautet:

„In Erwägung, daß die Konsumvereine nicht nur ihren Mitgliedern unmittelbare materielle Vorteile bieten können, sondern daß sie berufen sind,

die Arbeiterklasse durch Ausschaltung des Zwischenschaltens und durch Eigenproduktion für den organisierten Konsum wirtschaftlich zu stärken und ihre Lebenshaltung zu verbessern, die Arbeiter zur selbständigen Leitung ihrer Angelegenheiten zu erziehen und dadurch die Demokratisierung und Sozialisierung der Produktion und des Austausches vorzubereiten helfen,

erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaftsbewegung, wenn sie auch allein niemals die Befreiung der Arbeit herbeiführen kann, doch eine wirksame Waffe in dem Klassenkampfe sein kann, den die Arbeiterschaft um die Erringung ihres unverrückbaren Zieles — der Eroberung der politischen und ökonomischen Macht zum Zwecke der Vergesellschaftung aller Mittel der Produktion und des Austausches — führt und daß die Arbeiterklasse das stärkste Interesse daran hat, diese Waffe zu gebrauchen.

Der Kongreß fordert deshalb alle Parteigenossen und alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der größten Entschiedenheit auf, lâtige Mitglieder der Konsumvereinebewegung zu werden und zu bleiben und in den Konsumvereinen in sozialistischem Geiste zu wirken, um zu verhindern, daß die Konsumvereine aus einem wertvollen Mittel der Organisation und Erziehung der Arbeiterschaft ein Mittel werden könnten, um den Geist der sozialistischen Solidarität und Disziplin zu schwächen. Der Kongreß macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, in ihren Konsumvereinen darauf hinzuwirken,

daß die Ueberträge nicht ausschließlich zur Rückvergütung an die Mitglieder, sondern auch zur Bildung von Fonds verwendet werden, die es den Konsumvereinen ermöglichen, selbst oder durch ihre Verbände und Großhändlergesellschaften zur genossenschaftlichen Produktion überzugehen und für die Erziehung und Bildung sowie für die Unterstützung ihrer Mitglieder zu sorgen;

daß die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten im Einvernehmen mit den Gewerkschaften geregelt werden;

daß ihre eigenen Betriebe in jeder Hinsicht vorbildlich organisiert werden und

daß beim Bezug von Waren gebührende Rücksicht auf die Bedingungen genommen wird, unter denen sie hergestellt werden.

Ob und inwiefern die Genossenschaften die politische und gewerkschaftliche Bewegung direkt aus ihren Mitteln unterstützen sollen, ist der Entscheidung der einzelnen Genossenschaften jedes Landes zu überlassen.

In der Erwägung, daß die Dienste, die die Genossenschaftsbewegung der Arbeiterklasse leisten kann, um so größere sein werden, je starker und geschlossener sie selbst ist, erklärt der Kongreß, daß die Genossenschaften jedes Landes, die auf dem Boden dieser Resolution stehen, einen einheitlichen Verband bilden müssen.

Der Kongreß erklärt endlich, daß es im Interesse der Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus erforderlich ist, daß die Beziehungen zwischen den politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, ohne daß dadurch ihre Selbständigkeit angetastet würde, immer innigere werden.

Die übrigen Beschlüsse des Kongresses richteten sich gegen die Todesstrafe, gegen die Zustände in Argentinien, Japan, Persien, Türkei, Spanien und Finnland, gegen den Militarismus, für Weltfrieden, Abrüstung und Schiedsgerichte. Ferner forderte der Kongreß die nationalen Sektionen, die bis jetzt noch gespalten sind, auf, so schnell wie möglich die Einigkeit zu verwirklichen.

Als Ort des nächsten Kongresses im Jahre 1913 wurde Wien bestimmt.

Der Schluß des Kongresses gestaltete sich durch die Abschiedsreden von Mollerbuhr, Hillquit und Faures sehr feierlich und einflussvoll. Diese Stimmung erlebte ihren Höhepunkt durch die Schlussrede des Vorsitzenden Vanderbelde, der den Kongreß mit den Worten schloß: Es lebe der Sozialismus, es lebe die befreiende Internationale des Proletariats!

Lohnbewegung auf den Seeschiffswerften Deutschlands.

Noch einmal die Zahlenunterschiede der Firma Blohm & Voß in Hamburg.

Unsere Berufsmittelnehmer haben entsetzlichen Recht! Soweit sie den Kampf gegen die Werftarbeiter und deren Organisationen „literarisch“ führen, ist das Mißgeschick anbauend ihr Begleiter. In der letzten Nummer unserer Zeitung hatten wir uns mit einer von der Firma Blohm & Voß veröffentlichten Liste über die von „ihren“ Arbeitern erzielten Jahresverdienste beschäftigt. Wir haben bei dieser Gelegenheit auf das Kunststück hingewiesen, das sich die Firma leistete, als sie „errechnete“ Wochenverdienste einfach mit 52 multiplizierte und so in der angenehmen Lage war, der faulenden Mittelwelt einen Durchschnittsjahresverdienst für Werftarbeiter von 1643,20 M. vorzuführen. Alle Welt weiß nun nachgerade, daß die meisten Kategorien der Werftarbeiter regelmäßig — auch zu Zeiten guter Konjunktur — mit mehr oder weniger lange Zeit wâhrender Arbeitslosigkeit zu rechnen haben. Jeder, der sich noch ein klein wenig Objektivität bewahrt hat, erblickt in der von der genannten

Firma angewendeten Methode nur einen statistischen Notzuchtversuch. Zum Unglück für die so zahlenstrotzige Firma Blohm & Voß treten nun Vertreter der einzelnen Kategorien der Werftarbeiter an und schlagen den fâhnen Statistiker auf Steinwârder die Zahlen ihrer „Jahresverdienste“ um die Ohren. Eigentlich wâre es nun grausam, noch mehr Brennmaterial zu dem Scheiterhaufen herbeizutragen, den die Werftarbeiter in den Spalten des Hamburger Echo, der einzigen Hamburger Zeitung, die ihre Interessen vertritt, errichten. Doch da die Lohnliste der Firma Blohm & Voß ein gar zu offenkundiger Bluff war, wollen wir auf einen Umstand noch hinweisen, der mit grôßerer Sicherheit einen Schluß auf die Jahresverdienste der Werftarbeiter zulâßt, als die mit allen Freirechnungen zurechtgeputzte Statistik der Firma Blohm & Voß.

Die meisten Werftarbeiter haben also mit regelmäßig wiederkehrender Arbeitslosigkeit zu rechnen. Man kann diese Kategorie Arbeiter, soweit ihre jährliche Beschäftigungszeit in Frage kommt, sehr gut mit den Bauarbeitern vergleichen. Auch die Bauarbeiter sind bekanntlich abhängig von Wind und Wetter, von der Jahreszeit, von der Saison; sie sind alljährlich eine Zeitlang beschäftigungslos und somit ohne Einkommen. Betrachten wir den Lohn etwa eines Hamburger Maurers mit 85 S die Stunde und wenden wir jetzt die Methode der Hamburger Werftarbeiter an, so erzielt ein Maurer in Hamburg ein Jahresverdienst von 2886,80 M, arbeitet er in Nord, wâre sich diese Summe noch erhöhen. Nun weiß aber ungefähr jedes Kind, daß das Durchschnittseinkommen eines Maurers sich zwischen 1600 und 1700 M bewegt. Wie ist jetzt die Differenz zwischen 2886,80 und 1700 M zu erklären? Nun, der Maurer hat eben nicht das ganze Jahr, 52 Wochen, jede Woche zu sechs Tagen, arbeiten können. Er ist eben ein unständiger Arbeiter, der zwar einen verhältnismäßig hohen Stundenlohn erzielt, dem aber niemand die Gewâhr bietet, diesen Stundenlohn das ganze Jahr zu verdienen. Der Maurer also muß, um ein Jahresverdienst von 1600 bis 1700 M zu erzielen, einen Stundenlohn von 85 S haben. Die Firma Blohm & Voß gibt für „ihre“ Werftarbeiter ein durchschnittliches Jahresverdienst von 1643,20 M, also auch 1600 bis 1700 M an. Lâge nun nicht die Schlussfolgerung nahe, daß der Werftarbeiter, um zum gleichen Jahresverdienst zu gelangen wie der Maurer, auch den gleichen Stundenlohn haben müßte? Ganz gewiß; diese Schlussfolgerung drängt sich auf, wenn man sich nicht über den Charakter der Werftarbeiter täuschen will, wenn man geneigt ist, zuzugeben, daß der Werftarbeiter eben mit stetig wiederkehrender Arbeitslosigkeit zu rechnen hat. Gewiß wird der Einwand kommen, der Werftarbeiter sei nicht in dem Maße unständiger Arbeiter wie der Bauarbeiter; doch wollen wir uns über diese Bedenken mit den „Befstellungen“ der Firma Blohm & Voß trösten, die lediglich von 2611 Arbeitern zu berichten weiß, die im Jahre 1909 mehr als 150 Tage arbeiten konnten. Demgegenüber sind 6965 Arbeiter aufgeführt, die weniger als 150 Tage arbeiteten, die also die Schönheiten einer fortwâhrend fluktuierenden Beschäftigung gründlich kennen lernten. Leider ist es ja ungeheuer schwer, sich von der ganzen Bedeutung des wechselnden Beschäftigungsgrades auf Werften etwa durch Zahlen ein vollkommenes Bild zu machen. Die Stelle, die dazu am ehesten in der Lage wâre, in unserem Falle die Herausgeberin der zur Kritik stehenden Lohnliste, wird vermutlich keine Veranlassung nehmen, das Nötige in die Wege zu leiten. Wir müssen uns damit begnügen, aus dem vorliegenden Material die richtige Nutzanwendung zu ziehen, und da sagen die oben angeführten Zahlen dem Kenner der Verhältnisse auch schon sehr viel.

Wir waren oben zu dem Schluß gekommen, daß es nicht unbillich wâre, bei der Annahme, daß der Werftarbeiter in gleichem Maße mit Arbeitslosigkeit zu rechnen habe wie ein Bauarbeiter, dem Werftarbeiter auch den gleichen Lohn zu geben, den der Bauarbeiter bekommt. Sehen wir zu, welches Stundenverdienst — Lohn samt Akkordverdienst — ein Werftarbeiter hat.

Wir nehmen einen Arbeiter, der einer Kategorie angehört, die der fluktuierenden Beschäftigung sehr stark unterworfen ist, im übrigen aber in der Einkommenskurve an der Spitze steht. Nach der Liste waren im Jahre 1909 auf der Werft von Blohm & Voß 133 Arbeiter länger als 150 Tage beschäftigt. Diese 133 Arbeiter haben zusammen 34 613 Tage gearbeitet, im Durchschnitt also jeder einzelne 260 Tage. Also selbst diese Glücklichen haben an mindestens 105 Tagen im Jahre 1909 gefehert. An Lohn haben diese 133 Arbeiter im Wochenburchschnitt je 34,44 M erzielt, das macht pro Stunde 61,5 S, immer nach den Angaben der Lohnliste. Und nun vergleiche man: der Maurer braucht, um zu einem Einkommen von 1600 bis 1700 M zu gelangen, einen Stundenlohn von 85 S, der Arbeiter aber soll partout das gleiche Einkommen schon haben bei einem Stundenverdienst von 61,5 S, bei mindestens gleich geringer, wenn nicht noch erheblich geringerer Beschäftigungsdauer im Jahre! Dieses Zahlenrätsel zu lösen, ist wirklich eine Aufgabe, das wert wäre, entschleiert zu werden. Und nun wünscht dieser von uns angeführte Arbeiter, daß man sein Einkommen nicht etwa auf 1600 bis 1700 M bringe — bewahre! —, sondern daß man seinen Stundenlohn, wenn man die zu verkürzende Arbeitszeit in Rechnung setzt, um etwa 16 Prozent erhöhe, oder daß man ihm die Möglichkeit gebe, stündlich statt 61,5 etwa 70 S zu verdienen. Wohlgerichtet: ein solcher Stundenverdienst bestände dann aus dem um etwa 16 Prozent erhöhten Stundenlohn und dem in anstrengender Akkordarbeit erarbeiteten Akkordüberschuß, welcher letzterer nach den Wünschen der Arbeiter mit etwas grôßerer Sicherheit zu erwarten wâre, als es bis jetzt der Fall gewesen. Bei diesem Zustande der Dinge hâtte der angeführte Arbeiter immer noch nicht die Möglichkeit, mit einem Jahresverdienst von 1600 M zu rechnen. Aber man steht ja an diesen Wünschen schon, welche Aufnahme sie finden. Schreit man jetzt schon Jeter und Nordia, so wâre ja gar nicht abzusehen, in welchen gefährlichen Gemütszustand unsere Werftgewaltigen geraten wûrdem, wenn die Forderung erhoben worden wâre, dem Werftarbeiter gleich dem Bauarbeiter einen Stundenlohn von 85 S zu geben. Mit Rücksicht auf die gefährliche Gesundheit der Werftunternehmer mûßten weitergehende Forderungen zurückgestellt werden.

Woran scheiterten die Verhandlungen?

Wie wir in voriger Nummer schon kurz bemerkten, haben die Unternehmer erst am 6. September, als Kollege Schlichte schon wieder nach Stuttgart zurückgekehrt war, eine schriftliche Antwort auf die Erklärung der Gewerkschaften vom 26. August erteilt (siehe Nr. 88 S. 209). Diese vom 6. September datierte Antwort der Unternehmer lautet:

„Mit Ihrem am 26. August gedruckten Bunsche, zu den in Aussicht genommenen Besprechungen keine Arbeiter der Werften hinzuzuziehen, haben wir uns mit Rücksicht auf die augenblicklichen Verhältnisse einverstanden erklärt, mit der Bedingung, daß auch Vertreter der außer den Jhrigen auf Werften beschäftigten Organisationen, und zwar der Firch-Dunderschen und christlich-sozialen Gewerkschaften sowie der auf drei Werften bestehenden nationalen Arbeiterverbände hinzugezogen werden.

Zu unserem Bedauern erfahren wir aus Ihrem uns übermittelten Beschluß vom 1. d. M., daß Sie darauf bestehen, daß nur mit den acht unter Ihrer Führung vereinigten Gewerkschaften verhandelt werde.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Remscheid. Der Kampf der Maschinenhauer und Hilfsarbeiter dauert unabgeändert fort. Streikbrecher haben sich bis heute noch fast gar nicht eingefunden. Die paar Arbeitswilligen aber, die sind, fabrizieren derartigen Schrott, daß die Geschichte noch lange dauern wird. Auf der Remscheider Feilen ganz aus dem Hund kommen wird. Bisher scheint es, daß die kleinen Fabrikanten von den großen immer mehr eingeeißelt werden. Was es nun sein will, die kämpfenden Kollegen stehen wie ein Wall und werden sich durch nichts in ihrem berechtigten Kampfe abhalten lassen. Von den Fabrikanten werden Gerüchte über Gerüchte ausgebreitet, die leibenden Personen unseres Verbandes, besonders der Kollege Müller, werden in schmutziger, aber auch löplicher Weise verdächtigt. So wird erzählt, Kollege Müller erhalte außer seinem Gehalt noch etwa 3000 M. für die Durchführung des Feilenhauerstreiks. Selbstverständlich ist auch die Verbreitung des Gerüchtes, daß unser Verband kein Geld mehr habe und die Auszahlung der Unterstützung eingestellt würde, Schwindel. Aber es will nichts zucken, von den fast 900 Streikenden sind bis heute nur 8 Mann abgefallen, wobei erwähnt werden muß, daß der Kampf nun schon in der zwölften Woche tobt. In Radevormwald hat man sogar die Feilen auf die Streikenden losgelassen. Besonders tut sich hier ein gewisser Pastor Weiermann hervor, der die Frauen aussucht und sie im Sinne der Unternehmer zu bearbeiten versucht. Zu Religionsunterricht werden die Kinder der Feilenhauer aufgefordert, doch den Vater zu bitten, wieder zur Arbeit zu gehen. Aber nichts will zucken, nichts hat Erfolg. Bemerkenswert ist die Anwesenheit mit dem Pastor Weiermann ganz besonders aus dem Grunde, weil gerade in Radevormwald 58 christlich organisierte Arbeiter mit im Kampfe stehen. Verhandlungen haben bisher nicht stattgefunden, obwohl unsere Organisation von Anfang an ihre Bereitwilligkeit dazu erklärt hat. Neuerdings planen die Unternehmer eine allgemeine Aussperrung, aber auch deswegen werden die kämpfenden Kollegen von ihren berechtigten Forderungen nicht ablassen. Die auswärtigen Kollegen werden erjucht, überall nach Streikarbeit zu fahnden. Besonders ist aufzupassen, wenn Feilen in rohem Zustand ankommen, dann ist der Remscheider Verbandsrat sofort Mitteilung zu machen. Ferner ist wie bisher jeder Zugzug fernzuhalten!

Sydeh. Zu der Korrespondenz in Nr. 35 erhielten wir von Herrn Ludwig Kuprion folgendes Schreiben: „Es ist unklar, daß die Feilenhauer Ludwig Kuprion von zwei Brüdern geteilt wird, denn ich persönlich bin alleiniger Inhaber des Geschäftes. Mein Bruder ist nur Angehelfer bei mir. Was jedoch Ihre Bekanntmachung betrifft, meine Zahlungsfähigkeit anbelangt, war es bis heute noch nicht nötig, daß sowohl Arbeiter als auch Lieferanten gegen mich Klagen mußten; und ist es deshalb selbstverständlich, daß eine Pfändung nicht vorgenommen ist, noch erfolglos verlaufen sein kann. Mit dem Geschäft S. Kuprion jun. habe ich gar nichts gemein. Selbstverständlich behalte ich mir vor, Klagen gegen Sie vorzugehen, da auf Grund Ihres Artikels mir nachweisbar beträchtlicher Schaden entstanden ist.“ (Wir setzen der Klage ruhig entgegen. Da Herr Kuprion uns Referenzen über seine Zahlungsfähigkeit aufgegeben hat, so leuchtet es uns nicht ein, daß er durch die Notiz in Nr. 35 „nachweisbar beträchtlichen Schaden“ erlitten haben soll. Ueber die Absicht, die Löhne zu kürzen, schweigt sich Herr Kuprion leider aus. Red.)

Former.

Dornbirn (Vorarlberg). Seit acht Wochen streiten die Gießereiarbeiter der Firma Rühl & Ganahl, ohne daß Aussicht ist, diesen Streit in den nächsten Wochen erledigen zu können. Der Streit ist lediglich auf die Erklärung des Unternehmers zurückzuführen, daß nur ein geringer Teil der Arbeiter Aufbesserungen erhalten solle, obwohl die Löhne bei 10stündiger Arbeitszeit nur 3,40 bis 4 Kr. für Steker betragen. Arbeitswillige haben sich bis jetzt nicht gefunden, jedoch ist die Lage deshalb für uns schwierig, weil die Firma aus Deutschland Streikguth erhält.

Gold- und Silberarbeiter.

Breslau. Die Firma Selin & Gräfe sendet uns wegen der Notiz in Nr. 36 eine Zuschrift, in der sie behauptet, es sei unwahr, daß sie Leute mit einem Höchstlohn von 12 bis 24 M. beschäftige, der Mindestlohn für ausgebildete Arbeiter betrage bei neu-schäftiger Arbeitszeit 18 M. Je nach Leistung sei der Lohn eines guten Monteurs pro Woche bis 50 M. Abzüge für schlechte Arbeit würden bei ihr nicht gemacht, auch erhielten Arbeiter, falls vereinbart, die verlangte Reiseentschädigung. Von diesem Punkte ist in Nr. 36 überhaupt nicht die Rede. Auch die Behandlung soll eine „korrekte“ sein. Wir müssen es natürlich unserem Korrespondenten überlassen, zu dieser Zuschrift sich zu äußern.

Gmünd (Schwäbisch). Zur Lohnbewegung ist zu berichten, daß sie vorerst die Kollegen mehr aufgereizt hat als man zuerst annehmen konnte. Auf unsere Eingabe haben die Unternehmer mit einem längeren Schreiben geantwortet, dessen Sinn im wesentlichen besagt, „daß es unmöglich ist, den zum Ausdruck gebrachten Wunsch der Arbeiter nach einer allgemeinen Aufbesserung zu erfüllen, daß aber der Arbeitgeberverband gerne seinen Mitgliedern empfiehl, da, wo es die Umstände gestatten, eine Erhöhung wie bisher eintreten zu lassen.“ Ebenso erklärt sich der Arbeitgeberverband zu Verhandlungen bereit. Zu dieser Antwort nahm am 13. September eine von circa 150 Vertrauensleuten besetzte Sitzung Stellung und am 15. September beschloß sich eine öffentliche Versammlung damit. Die Versammlung am 15. wies nun so recht deutlich, wie die Stimmung der Arbeiter ist. Lange vor ihrem Beginn war der Säleraal, der rund 200 Personen faßt, überfüllt, und immer fröhlicher neue Szenen herbei. Gänge, Märsche, alles wurde bis zum letzten Platz besetzt und es blieb nichts übrig, als eine zweite Versammlung in einem anderen Lokal zu eröffnen, die ebenfalls sofort mit über 400 Besuchern überfüllt war. Eine sehr starke Provokation des zweiten Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes hatte die Arbeiterzucht empört. Dieser Fabrikant, Einar Zieher ist sein Name, ließ sich nämlich in einer tags zuvor stattgefundenen Gemeinderats-sitzung in folgender Weise vernehmen: „Solange die Arbeiter noch den vielen Vereinen nachlaufen und feste in großer Anzahl feiern können, und solange die Arbeiter noch nach Geschäftsabschluss sofort in Versammlungen laufen können, um Bier zu trinken und sich von Agitatoren aufhegen zu lassen, die bestrebt sein müssen, infolge ihrer Abhängigkeit von den Beiträgen ihrer Mitglieder, von Zeit zu Zeit dieselben mit einer Lohn-erhöhung hegebrlich zu machen, andernfalls ist um ihre Stellung kommen, solange verdienen die Arbeiter noch genug und solange ist auch eine Lohnkürzung nicht notwendig.“ Wie der zweite Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes zu dem niedrigen und gemeinen Ansehen der Arbeiter in einer so gespannten Situation sich hinstellen lassen kann, verstehen wir einfach nicht. Wenn sich die Stimmung der Arbeiter nun ganz wie wissenschaftlich verhält, so mögen sich die Arbeitgeber bei ihrem „Führer“ bedanken. Die Versammlungen gaben auf die unerhörte Provokation die abschließende Antwort. Wundervoll über die Zustimmung erfolgte, als im Säleraal Bezirksleiter Vorhölzer erklärte, daß es ausgeschlossen sei, in Verhandlungen einzutreten, wenn der Arbeitgeberverband diese Verleumdungen der Arbeiter und ihrer Führer gutheißt oder wenn Zieher dieselben nicht zurücknimmt. In beiden Versammlungen wurden nach einander Stellungnahmen zu der Antwort der Unternehmer einstimmig folgende Beschlüsse gefaßt: 1. „Die Versammlung kann sich mit der Antwort des Arbeitgeberverbandes sowie mit ihrer

Begründung nicht einverstanden erklären. Im Interesse einer gegenseitigen friedlichen Verständigung stimmt die Versammlung jedoch gemehnten Verhandlungen unter den Voraussetzungen, wie sie in dem Schreiben des Metallarbeiter-Verbandes an den Arbeitgeberverband enthalten sind, zu, da sie erwartet, daß bei diesen Verhandlungen präzisere Zugeständnisse erreicht werden. Für den Fall, daß trotz stattfindender Verhandlungen oder im Anschluß an dieselben für die Arbeiter nicht befriedigende Zugeständnisse erlangt werden, erklären sich die Versammelten bereit, den Anträgen der Organisation strikte Folge zu leisten und in den Verhandlungen, wo es die Umstände erfordern, die Mündigung einzureichen.“ — 11. „Die Versammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den Neuzugängen des zweiten Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes, Einar Zieher, die derselbe in seiner Eigenschaft als Gemeinderat in der am 14. September stattgefundenen Gemeinderatssitzung über die Arbeiter und ihre Führer gebracht hat. Die Versammelten erklären, daß nach diesen Ausführungen des Gemeinderats Zieher sie es unter ihrer Würde halten, denselben mit gleicher Münze heimzuzahlen. Sie überlassen sein Verhalten dem Urteil der Öffentlichkeit und jedem anständigen Menschen und sind sicher, daß dasselbe die entscheidendste Verurteilung erfährt.“ — Für die Kollegen beginnt nun eine eigentliche Bewegung. Es wird von dem Resultat der eventuell stattfindenden Verhandlungen abhängen, welche weiteren Schritte zu unternehmen sind. Voraussichtlich wird das Schwerkgewicht nun in die Betriebsversammlungen zu verlegen sein, um in den Betrieben, deren Inhaber sich nicht genügend entgegenkommend zeigen, der Sache Nachdruck zu verleihen. Dazu ist aber nötig, daß die Arbeiter jeweils vollständig erscheinen und sich durch eine geschlossene Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, die nötige Mündigung verschaffen. — Ob wir nun wollen oder nicht, etwas müssen wir uns nun doch auch mit unseren „lieben Freunden“ vom Zentrum-Metallarbeiterverband besorgen. Diesen Leuten kam die Bewegung ja ziemlich überraschend. Statt nun die Situation auszunutzen, zu erfassen und zu erklären: jawohl, wir machen mit, machten sie die größte Dummheit, die es geben kann. Sie renommierten mit „ihren“ gerzooosoblen Mitgliederzahl, die „ausgezeichnet“ worden sei, schimpften wie die Wahnsinnigen auf uns und stellten dann, nachdem von den eigenen Mitgliedern die ablehnende Haltung des Ausschusses entsprechend fortgerichtet worden war, selbst Forderungen auf, die natürlich die unseren übertrafen. Sie richteten dieselben an die Fabrikanten ein und u a h e r nahmen sie „Stellung“ zu den Forderungen, wozu die ganze christliche Arbeiterkraft auf den Plan gerufen wurde. Und sie „erschien“. In fünf Versammlungen brachten die „starren Christen“ noch nicht einmal hundert Mann zusammen. In einzelnen ihrer Hochburgen erschienen ganze 6, in anderen 7 Mann, in Gmünd selbst circa 10 bis 50 Mann. Wenn dies den Unternehmern nicht imponiert, so imponiert ihnen gewiß nichts mehr. Als wir am 15. September unsere Betriebsversammlungen hatten, beriefen die Zentrum-Metallarbeiter rasch ebenfalls eine Versammlung ein und da waren gerade 170 Mann erschienen, während in unseren Versammlungen rund 1300 Mann waren und mindestens 300 bis 400 wegen Ueberfüllung der Säle nicht mehr unterkommen konnten. Damit hat die Arbeiterkraft ihr Urteil gefällt. Wir begreifen die Duldsambrüche der Christen, daß sie schimpfen, daß sie lägen, und sie werden dies Spiel eben solange treiben, solange sie noch einen einzigen Finger, der dünn genug ist, auf ihre Schwandelen hereinzuhalten. Die vernünftigen Arbeiter aber durchsetzen ein solches demagogisches Treiben und lassen den Deutschen ihre Großsprecherien und ihre Schwandelen!

Worzhelm. Die in der hiesigen Hauptindustrie beschäftigten Kettenmacher und Kettenmacherinnen nahmen am 16. September Stellung zur Regelung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Einstimmig wurde beschlossen, an die Fabrikanten einen Vertragsentwurf einzureichen, durch den die Arbeitsverhältnisse einheitlich geregelt werden sollen.

Zittau. Auch die hiesigen Gold- und Silberarbeiter sind in eine Bewegung eingetreten, um ihre Verhältnisse zu verbessern. Wie weit auf ein Entgegenkommen bei den Fabrikanten zu rechnen ist, ist noch nicht zu übersehen. Auf alle Fälle aber sind die sehr gut organisierten Kollegen ernstlich gewillt, eine Besserung herbeizuführen.

Heizungsmonitore.

Chemnitz. Die hiesigen Heizungsmonitore sind in eine Lohnbewegung zur Schaffung eines Tarifvertrages eingetreten. Wir erlauben deshalb, bis zur Erledigung der Angelegenheit den Zugang von Heizungsmonitoren und Helfern nach Chemnitz fernzuhalten.

Glompner.

Liegnik. Herr Aug. Schönbach, Bauerstraße, hat sich nach 12jähriger Tätigkeit bei der Firma Aug. Schäfer (Sampfabrik) zum selbständigen Monteurmeister eingestellt. Er hat es nun in letzter Zeit gut verstanden, seine Arbeiter möglichst günstig zu machen. Obwohl er als Gelehrter auch organisiert war, wenn auch nur bei den Kirzchen, so ist doch jetzt bei jedem die ihm in Arbeit tretenden Gehilfen die erste Frage: „Sind Sie im Metallarbeiter-Verband organisiert?“ Wird dies bejaht, so heißt es: „Zur mir leid, wenn Sie nicht darin wären, würde ich Sie einstellen.“ Als nun vor einiger Zeit ein verheirateter Glompner (Vater von vier Kindern) bei ihm um Arbeit anfragte, erhielt er die Antwort: „Ja, Sie können anfangen, sollten Sie aber in den Verband gehen müssen Sie auch von mir gehen.“ Dieser Gehilfe fing an zu arbeiten, erhielt aber den horrenden Stundenlohn von 30 M., obwohl Schwarz genau weiß, daß er nach den von uns aufgestellten und von den Meistern genehmigten Arbeitsbedingungen mindestens 36 M. zu zahlen hätte. Wir erlauben jeden Kollegen, der hier in Arbeit treten will, das glückliche Haus des Herrn Schwarz zu meiden.

Metallarbeiter.

Wagau. Seit Jahren wiederholt es sich, daß in der hiesigen Waggonfabrik Differenzen wegen Preisschwankungen stattfinden. Im vorigen Jahre wurde für Güterwagen ein Grundpreis festgesetzt und je nach den Preisen, die die Firma für Waggon erzielte, sollte dieser mit entsprechendem Aufschlag bezahlt werden. Die Arbeiter glaubte damals, daß dieser Grundpreis bestehen sollte und war der Ansicht, nun ohne Differenzen auskommen zu können; jedoch sollte auch dieses Jahr nicht ohne Differenzen vorübergehen. Von der Betriebsleitung wurde versucht, Arbeiten unterzubringen, die früher höher bezahlt wurden, und wenn sich die Kollegen weigerten, für diese reduzierten Preise zu arbeiten, wurde ihnen angedeutet, sich nach anderer Arbeit umzusehen. In einer darauffolgenden Betriebsversammlung wurde beschlossen, nicht eher die neuen Arbeiten anzufangen, als bis von der Firma die Preislisten herausgegeben und geprüft worden sei, ob für diese Preise auch gearbeitet werden kann. Dem Arbeiterausschuß, der die Forderungen bei der Direktion zu vertreten hatte, wurde erklärt, daß dies nicht möglich sei, da überhaupt noch kein Wagen bestellt und außerdem der Top vom Eisenbahnamt noch nicht endgültig festgesetzt sei. Die Preislisten sollten aber so bald wie möglich herausgegeben werden, auch wollte die Firma dasselbe bezahlen, was in besseren preussischen Waggonfabriken bezahlt würde. Die Kollegen glauben aber, daß die Preisschwankungen nur bis zum Winter hinzuhalten werden sollten, und es richteten sämtliche im Waggonbau beschäftigten Arbeiter, rund 500, die Mündigung ein. Da die Direktion mit dem Arbeiterausschuß nicht mehr verhandeln wollte, verurteilten die Preisleister, die Kollegen Zehner (Metallarbeiter) und Geitzke (Schwarzarbeiter) zwei Tage vor Ablauf der Mündigung Verhandlungen anzubahnen. Erstlich erklärte sich die Direktion entgegen ihrem früheren Standpunkt bereit mit den Vertretern der Organisation zu verhandeln. Bei den Verhandlungen stellte es sich heraus, daß die Bestellungen tatsächlich erst während der Mündigung eingegangen war. Auch erklärte sich die Direktion bereit, dieselben Einrückungen, die in anderen Waggonfabriken bestehen, einzuführen. Auf Grund der Zugabe erklärten sich die Kollegen bereit, im löndigungslosen Arbeitsverhältnis weiterzuarbeiten. In

einer Konferenz mit Kollegen preussischer Waggonfabriken wurden genaue Feststellungen gemacht; auf Grund des gesammelten Materials begannen am 23. August die Verhandlungen, und am 21. August konnten sie als beendet angesehen werden. Die Kollegen erklärten sich mit dem Ergebnis einverstanden, und somit sind die Differenzen vom 26. August ab als erledigt zu betrachten. Unser Festsetzungs-Arbeitszeit (bisher 60 Stunden), 10 M. Zuschlag pro Stunde für Lohn- und Akkordarbeiter für Ueberstunden (bisher 5 M. von abends 6 bis 8 Uhr und 10 M. von abends 8 Uhr an am Sonntag) eingeführt. Der Stundenlohn wurde durchweg um 2 M. erhöht. Die Lohnent-schädigung erhalten, soweit sie ein Jahr eine Woche und 12 M. hatten, 15 M. Auch wurde von der Direktion in Aussicht gestellt, daß, wenn auch bei der verkürzten Arbeitszeit dasselbe produziert würde, eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit auf 51 Stunden die Woche ein-tritten solle. Zur Vermeidung von Streitigkeiten mit der Arbeiter-schaft wird vom 1. Oktober 1910 an der Arbeiterausschuß in der Weise aufgenommen, daß ein aus fünf Personen bestehender engerer Arbeiterausschuß gewählt wird. Dieser wird durch einen aus allen Branchen zusammengesetzten, erweiterten Arbeiterausschuß ergänzt. Der Gesamtarbeiterausschuß hat nach Bedarf, mindestens jedoch vierteljährlich einmal, gemeinsame Sitzungen mit der Arbeit-schaft ab. Bei neuen Arbeiten wird zugesichert, daß die bereits bezahlten Akkordpreise für ältere Arbeiten, soweit ein Vergleich gezogen werden kann, als Grundlage dienen. Kommt dabei eine Einigung nicht zustande, so sollen vor Ausbruch von offenen Differenzen Verhandlungen in gleicher Weise wie bei den diesmaligen Verhandlungen im Bereich der Gewerkschaftsvertreter stattfinden. Nach alledem können die Kollegen mit dem Abschluß dieser Differenzen zufrieden sein. Zu wünschen wäre nur noch, daß sich die Kollegen in den anderen Betrieben in puncto Organisation ein Beispiel an den Kollegen der Waggonfabrik nehmen und geschlossen dem Verband beitreten, damit auch in diesen Betrieben bessere Verhältnisse geschaffen werden.

Göppingen. Der Firma C. G. Mober (Maschinenfabrik für Eisengießereigeräte) waren die Arbeiterorganisationen von jeher ein Dorn im Auge. Dazu hatte sie aber auch alle Veranlassung, denn der Durchschnittslohn ihrer gelehrten Arbeiter beträgt trotz intensiver Arbeit nur 41 M. pro Stunde. Die Arbeitszeit ist noch eine zehn-stündige; Wespertouren gibt es nicht. Eine Werkstattpflichtung der Arbeiter hatte es Herrn Mober angefallen, diese Forderung zu machen; ein verheirateter Kollege wurde ohne Angabe von Gründen in Abwesenheit des Inhabers entlassen. Inzwischen ist aber durchgedrungen, daß Herr Mober sich dahin ausgesprochen hat: „Dieser zweite Arbeiter wurde auch ohne sachliche Gründe entlassen. In-gauchen sind dort 10 Arbeiter und 6 Lehrlinge beschäftigt. Zur Auf-rechterhaltung dieses Betriebsbetriebes sind noch angestellt: 1 Buch-halter, 1 Ingenieur und 1 Werkführer. Wenn Herr Mober glaubt, durch derartige Maßnahmen die Organisations aus seinem Betriebe fernhalten zu können, so irr er sich sehr. Wir erlauben diesen Ver-trieb solange zu meiden, bis sich Mober eines Besseren besinnt.“

Hieslohn. (Hirsch - Lunderiana.) Der Regulator (Nr. 35) des Gewerkschafts der Maschinenbau- und Metallarbeiter weiß von einer Versammlung aus Altmünz zu berichten, in die der „schliche“ Hirschhauser Jugenhausen aus Hiesdorf als in eine wilde Horde Dämonen von Deutschen Metallarbeiter-Verband geraten sein will. Die Versammlungsgastgeber verlegte er in „Meberswürdig“ Weise mit einer Kanagete, in der die Kütze-rung beginnt. Diese zootologischen „Mummien“ des Jugenhausen sind ein schlagender Beweis für dessen Bildung und Sachlichkeit. Jugen-hausen warf sich den Abend, um den Altmünzer Rechtsgelehrten zu im-pionieren, gewaltig in die Brust als Berufscollegen und martierte den rabulischen Mann, was ihm natürlich in der Diskussion sehr schlecht bekam, denn da ergriß ein Kollege unseres Verbandes das Wort und wies den Herren Hirsch nach, daß im Jahre 1891 verschiedene ihrer Eblen einen kleinen Streikbruch begingen. Mollge Mäzger ging in der ganzen Diskussion auf die Organisation der Hiesische gar nicht ein, sondern er wies nur aller Entschiedenheit die Angriffe auf den Deutschen Metallarbeiter-Verband zurück. Wie sehr der „Meber“ der Hiesische mit der Wahrheit auf dem zirkulärsüßig lebt, dafür dient der Schluß des oben erwähnten Artikels, der folgenden Wortlaut hat: „So kämpfen die Verbände, wenn sie in sachlicher Diskussion nicht mehr gegen die Gewerkschaften aufkommen.“ Dem „Hieschen“ ist doch jene gut bekannt, daß die Verammlungssteinkamer erst im Schlusswort gegen die gemeinen Verdächtigungen Jugenhausens gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband protestierten, und der „Meber“ angedeutet wurde, bei der Wahrheit zu bleiben. Als die Ver-bänder haben, daß Jugenhausen nicht mehr in die Rolle der Sach-schleier gebracht werden konnte, brachten sie ein Hoch auf den Deut-schen Metallarbeiter-Verband aus, über dessen begünstigten Mäzger Jugenhausen fast die Maulsperrre bekam. Diese Abjurer hatte er sich nicht träumen lassen. Jugenhausen wird sich in Zukunft mit der Wahrheit wieder befreunden müssen, dann bleiben ihm derartige Niederlagen erspart.

Altmünz. Zeit sechs Wochen stehen die Arbeiter der Firma S. Hammele & Co. (Maschinenfabrik in Altmünz) im Streik. Veranlaßt wurde die Bewegung durch das Vorgehen der Betriebsleitung, die im Einverständnis mit Herrn Kammerath Akkord-abzüge in beträchtlicher Höhe für fast sämtliche Maschinenente vor-nahm. Bei Bekanntgabe der Abzüge wählten die Arbeiter eine Kom-mission, die mit dem Betriebsleiter, Herrn Werthebach, über die ein-zelnen Sätze verhandelte. Die Kommission in Verbindung mit Manag-er Anträgen durch zu hohe Preise sollen die Veranlassung zu dem Vorgehen der Firma sein. Wegen dieser Begründung ließen sich die Arbeiter auch herbei, bei ungefähr zwei Dritteln der Positionen in eine Kürzung der Akkorde zu willigen; bei dem übrigen Drittel war das jedoch unmöglich. Vom Betriebsleiter wurde aber kurz erklärt: „Jetzt wird nicht mehr verhandelt, jetzt bitten wir! Wer die Arbeit zu den neuen Sätzen nicht machen will, der kann gehen!“ Unsere Geschäftsleitung frachte nun telephonisch an, ob die Firma wegen der Differenzen nicht verhandeln wolle, worauf der Mitinhaber der Firma, Herr Eiten, erklärte, es könne erst verhandelt werden, wenn Herr Kammerath von seiner Reife zurückkomme, was in vier bis fünf Tagen der Fall sein würde. Der Vermittlungsvorschlag, die stilligen Akkorde für die paar Tage bis zur Verhandlung in der alten Höhe bestehen zu lassen, wurde abgelehnt, und auch Herr Eiten betonte: Wer die Arbeit nicht machen will, kann ja gehen! Einer unserer Kollegen verweigerte daraufhin die Arbeit zu dem neuen Akkord und die Folge war Entlassung. Darauf legten sämtliche Treiber, Schloffer, Kupferhämmer und Radierer die Arbeit nieder. Dies in Kürze die Veranlassung zum Streik. Es haben nun zweimal Verhandlungen zwischen der Firma und der Verbands-leitung stattgefunden, jedoch ohne Erfolg. Wenn mehrere Arbeiter, die nach der Anfassung des Herrn Kammerath die anderen in den Streik gehetzt haben sollen, wollte er nicht wieder eintreten und dar-auf konnten die Vertreter nicht eingehen. Hierbei wollte Herr Kammerath auch unsere Verbandsvertreter einen Portwurf machen, daß er die Arbeitsniederlegung nicht verhindern hätte, er sagte: wenn auch einige Leute entlassen werden und ein paar Tage drauhen ge-welen wären, hätte man doch warten sollen, bis er zurückgekommen sei. Und dies trotz der abweisenden Haltung eines des Kompaquons! Später ist Herr Kammerath per-sönlich an einen der Kollegen herangekommen, um die Arbeiter zur Niederanfnahme der Arbeit zu bewegen. Er meinte unter anderem, sie würden schon einig werden, aber die Beamten sollten sie fort-laffen. Besonders der Beamte K., der sei wohl ein ganz hübscher Herr, aber der fordere zu sehr und vertrete zu sehr seinen Partei-schaftpunkt! Wo jemals bei den Verhandlungen von einer Partei die Rede gewesen sein soll, ist uns unerkennlich; wohl betonte Herr Kammerath mehrmals seine völlige Unfähigkeit. In einer Versammlung nahmen die Streikenden erneut Stellung zu dem An-erbieten und hier erklärten die Kollegen, die nach Ansicht der Firma die Sündenböcke sein sollten, daß sie auf die Wiederentstellung ver-

zichten. Man hätte nun nach diesem Entgegenkommen der Arbeiter annehmen sollen, daß jetzt eine Einigung erzielt worden wäre; denn die Kollegen bestanden nur noch auf der Forderung, bevor die Arbeit aufgenommen würde, soll eine Einigung über die noch strittigen Aufordrungen herbeigeführt und die gesamten Aufordrungen für einen bestimmten Zeitpunkt, vielleicht für ein Jahr oder auch nur für ein halbes Jahr festgelegt und die Streikbrecher entlassen werden. Doch auch dies wurde von der Firma ohne weiteres abgelehnt. Damit beweist Herr Sammelrath, daß er den Standpunkt seines Betriebsleiters teilt: Es wird nicht verhandelt, jetzt bitteren wie! Mittlerweile hat sich ein Kletter in der Not gefunden, und zwar in der Person des berüchtigten Streikbrecheragenten Ferber, der 1 1/2 Dutzend Arbeitswillige in Deutschland zusammengeführt und der Firma vermittelt hat. Diesen wird nach modernem Muster freie Kost und Logis nebst täglichem Freibrot in der Fabrik gewährt. Doch scheint Herr Sammelrath dieser Gesellschaft gegenüber nicht ohne Furcht zu sein, denn er hat für starken polizeilichen Schutz gesorgt. Waren doch an einzelnen Tagen nicht weniger als 7 Gendarmen, 3 Schutzleute, 2 Ordnungspolizisten und 2 Feldhüter zur Bewachung seiner Fabrik anwesend. Dieses gewaltige Aufgebot dürfte allerdings auch berechtigt sein; denn an einem der letzten Sonntage entwickelte sich in den Aufstiegsräumen der Herren Arbeitswilligen nach einer vorausgegangenen Sauferei eine hübsche Kellerei. Nach auf eines müssen wir der Desseratschkeit gegenüber hinweisen, nämlich auf die Art, wie die Firma Sammelrath versucht, die Abwehrbewegung der Arbeiter in ein falsches Licht zu stellen. Hat man doch den Gendarmen und allen, die es wissen wollten, die Mär ausgebreitet: unsere Arbeiter streiken, obwohl sie 80 und 90 % die Stunde verdienen! Auch hat man einen Anschlag im Betrieb aufgehängt, in dem die angehörligen verdienten Löhne für die Zeit vom 8. Juli bis 28. Juli bekanntgegeben werden. Es befinden sich darunter Durchschnittsverdienste von 81, 78, 77 S. zc. pro Stunde. Wie kommt die Firma zu den unwaranten Angaben? Kam der betreffende Herr, der diese Verdienste herausgerechnet hat, nicht richtig rechnen? Wir können nicht gut annehmen, daß man solche falsche Angaben absichtlich im Einverständnis mit der Firma gemacht hat. Bei den Verhandlungen am 16. August hat Herr Sammelrath persönlich, auf Grund seiner Lohnlisten, im Beisein der Verbandsvertreter, die Stundenverdienste der Arbeiter in den letzten drei Lohnungen, also vom 8. bis 28. Juli ausgerechnet. Dabei war der Höchstverdienst in Akkod 74 S. pro Stunde, und den hatte der Vorarbeiter der Dreherei erreicht. Bezeichnend ist es, daß ein Arbeiter mit 55 S. Durchschnittsverdienst auf der Liste steht, obwohl der Kollege in Lohn arbeitet und nur 50 S. Stundenlohn hat! Aber der Kollege hatte Überstunden gemacht; doch braucht man das ja nicht zu sagen. Mehrere Fälle sind noch mehrere dabei. Möge Herr Sammelrath in Zukunft im Interesse der Firma darauf achten, daß solche Rechenexempel seiner Angehörigen nicht noch mehrmals passieren, sonst könnte dies leicht ein schlechtes Licht auf die von der Firma angeordneten Kompensationsmittel werfen. Bei den von Herrn Sammelrath selbst ausgerechneten Verdiensten befindet sich der je eines Kollegen mit 74, 73 und 71 S., die übrigen bewegen sich bei den Akkodarbeiten alle zwischen 60 und 70 S. pro Stunde, wobei wir zugeben wollen, daß der größte Teil an 70 S. nahe heranreicht. Dabei ist aber zu bemerken, daß der Betrieb noch 20 Minuten hinter der Einbahn der Straßenbahn Köln-Wüngersdorf liegt. Die Arbeiter müssen also morgens und abends Fahrgeul aufwenden; außerdem können sie des Mittags nicht nach Hause zum Essen gehen, sondern müssen dieses entweder mitbringen oder in Wirtschaften kaufen. Angesichts dieser Umstände wird kein vernünftig denkender Mensch die tatsächlich erreichten Verdienste für qualifizierte Handwerker bei den teuren Kölner Verhältnissen als zu hoch bezeichnen können. Wir wollen noch erwähnen, daß im Betrieb die neunstündige Arbeitszeit vorherrscht. Was nun den Kampf an sich anbelangt, so sehen die Streikenden ihrem Ausgang mit Ruhe entgegen; denn mit den Elementen, die sich jetzt im Betrieb als Arbeitswillige produzieren, schlägt Herr Sammelrath sicher keine Kanonen. Wir wünschen ihm nur, daß auch ihm diese Erkenntnis nicht zu spät kommt.

Reinsdorf. Der Streik der Metallarbeiter in den Westfälisch-Anhaltischen Sprengstoffwerken in Reinsdorf bei Wittenberg dauert unverändert fort. Die wiederholten Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband von Wittenberg und Umgegend und dem Bezirksleiter Jeronke vom Deutschen Metallarbeiter-Verband haben zu keinem Resultat geführt. Der Arbeitgeberverband hält die in den Sprengstoffwerken gezahlten Löhne für geringfügig. Daran ist auch zu erkennen, daß die Arbeitgeber-Zeitung in der Nr. 36 vom 4. September berichtet, eine Anzahl Schloffer, Schmiede, Dreher, Bleisäler zc. sei wegen Ablehnung unersetzlicher Forderungen in den Anstalten getreten. Für die Arbeiter-Zeitung und ihren Anfang sind alle, selbst die heftigsten und noch so berechtigten Forderungen der Arbeiter unerfüllbar. In diesem Falle geht aber ein besonderer Punkt dazu, von unerfüllbaren Forderungen zu reden, denn den auszuwerbenden Streikbrechern werden 35 bis 42 S. Stundenlohn geboten. Die Forderungen der Arbeiter werden also hier bei den Arbeitswilligen in ihrem wesentlichen Teil anerkannt, sind also doch erfüllbar. Die Direktion muß aber weiter zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß selbst diese „hohen“ Löhne, die sie den Arbeitswilligen gibt, keinen besonderen Reiz auf diese unglücklichen Elemente auszuüben vermögen, da die paar Arbeitswilligen morgens und abends von nur zwei Arbeitswilligen des Gendarmen begleitet werden. Hat man Furcht, die Löhne liefern etwa wegen zu hoher Bezahlung davon? Der Berichterstatter der Arbeitgeber-Zeitung unterschlägt die von den Arbeitern angeführten unerfüllbaren Forderungen und er hat alle Ursache dazu. Die Forderungen halten sich in durchaus berechtigtem Rahmen, ganz besonders, wenn in Betracht gezogen wird, daß die Sprengstoffwerke ein überaus günstiges Beschäftigungsjahr hinter sich haben. Der Handelskammerbericht gibt bekannt, daß die Sprengstoffwerke im Jahre 1909 einen Reingewinn von 1 011 738 M. erzielt haben und den Aktionären eine Dividende von 20 Prozent als Entlohnungslohn in den Schöpfungen geteilt worden ist. Diese Zahlen mögen der Arbeitgeber-Zeitung und ihren Anhängern außerordentlich unangenehm sein, lassen sie aber nicht abstrahieren. Angesichts dieser Tatsachen den ausfüllbaren Forderungen zu widersprechen, kann nur die Logik der Schmarotzer fertigmachen. Es gewinnt immer mehr den Anschein, als ob der Arbeitgeberverband von Wittenberg und Umgegend die heftigsten Lohnforderungen der Metallarbeiter zu einer Maßnahme herbeiführen würde, um zu verhindern, daß die dortigen Arbeiter nicht etwa auf den Gehalt kommen, daß mit Hilfe der Organisations der Arbeiter Löhne, die in Wittenberg noch gezahlt werden, befristet werden können. Die Arbeiter-Zeitung von Wittenberg und Umgegend hat alle Bemerkungen, die auf ihre elende Lage zu bezeugen sind, sich den Organisations ausgeschrieben. Die Unternehmern gehen ihr da mit gutem Beispiel voran. — Der Bezug von Metallarbeitern ist auch den Sprengstoffwerken in Reinsdorf noch wie vor fortgesetzt.

Stettin. Die hiesige Arbeiter-Zeitung „Der Arbeiter“ ist in einem außerordentlich günstigen Zustand. In letzter Zeit hat ein Mann, der Arbeiter-Zeitung von 17 auf 15 M. reduziert worden. In Stettin wurde auf der Sitzung der 1. M. abgelesen. Diese Beschlüsse lösen eine gewisse Erregung aus, die nur dadurch etwas gemindert wurde, daß Herr Thieringens, Sprecher der Kommission erklärte, es solle in Zukunft unter allen Umständen darauf geachtet werden, daß den Arbeitern genügend Material zur Verfügung steht; auch soll den Arbeitern ein solches Material geliefert werden, daß sie mehrere Motoren gleichzeitig betreiben können. Es muß nun erst abgewartet werden, ob sich das Versprechen erfüllt und ob die Schloffer dazu in der Lage sind, genügend Motoren zu liefern. Die Verhandlungen sind bei Schloffer schon mehr operiert worden. Sollte eine Lösung dieser streitenden Differenz in nächster Zeit nicht zustande kommen, so muß die Firma die Verantwortung für eventuelle Verzögerungen tragen. Der Arbeitsnachweise ist unter allen Umständen ein Entlassung bei der hiesigen Dienstverwaltung eingeholt.

Optiker.

Rathenow. (Die Tarifbewegung in der optischen Industrie.) Die vom Unternehmerverband von Rathenow und Umgegend zum 31. August angebotene Auslieferung sämtlicher in der optischen Industrie Rathenows beschäftigten organisierten Arbeiter ist zwar zur Ausführung gelangt, aber nur von ganz kurzer Dauer gewesen. Die Auslieferung erfolgte am 31. August abends und die Aufnahme der Arbeit begann bereits wieder am 1. September. Eine Auslieferung, wie wir sie wohl selten erlebt haben. Und die Ursache? Seit Jahren bestehen für einen Teil der in der optischen Industrie beschäftigten Kollegen Tarifverträge, abgeschlossen zwischen dem Unternehmerverband, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband und dem Gewerbetreibenden der Maschinenbau- und Metallarbeiter (S.-V.). Einigen Schmarotzern in der Unternehmerorganisation mag das schließliche Verhältnis in der Rathenower Industrie unangenehm geworden sein. Es gelang ihnen schließlich, die Majorität ihrer Organisation zu bestimmen, den bestehenden Tarifvertrag aus „formalen“ Gründen zu kündigen, angeblich um „Räumgemäße“ Verhältnisse in dem Preissturz für Einzelkäufer vorzunehmen. Diese „Räumgemäßen“ Verhältnisse stellten sich bei den Verhandlungen als ganz erhebliche Abzüge heraus. Von uns wurde zu der erfolgten Kündigung des Gesamtariffs Stellung genommen und die Kündigung mit Forderungen der Arbeiter beantwortet. Die Unternehmer hatten zweifellos nicht erwartet, daß der Angriff von den Arbeitern mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen würde. Als Antwort auf unsere Forderungen erklärten dann die Unternehmer, die Kündigung zurückzunehmen zu wollen, wenn wir uns mit einer Stunde Arbeitszeitverlängerung (Montags früh) und einer „Regelung“ des Einzelkäuferpreises einverstanden erklären würden, dann würden sie den Tarif auf zwei Jahre weiter gelten lassen. Falls die Arbeiterorganisationen auf dieses Angebot nicht eingingen, würden am 31. August sämtliche organisierten Arbeiter ausgeperrt. Die Arbeiter parierten diesen Schlag damit, daß sie das Angebot einstimmig ablehnten und ein größerer Teil Unorganisierter sich bereit erklärte, falls die Kündigung der Organisierten erfolge, selbst die Kündigung einzutreten. So waren also die Arbeiter auf einen von den Unternehmern angebotenen Kampf vorbereitet. Jede Verhandlung erfolgte nach dem von beiden Seiten getroffenen Maßnahmen als ausgeschlossen. Die Spannung wurde noch vergrößert, als die Kündigung der organisierten Arbeiter tatsächlich erfolgte. Äußerungen einzelner Arbeitgeber ließen deutlich erkennen, daß es den Unternehmern außerordentlich unangenehm war, den Konflikt auf die Spitze zu treiben. Die optische Industrie ist der Hauptindustriebezirk Rathenows, und ein Kampf würde das gesamte Wirtschaftslieben stark beeinträchtigen. Doch die Unternehmer hatten einmal die Auslieferung beschlossen und wagten nun nicht, ihren Beschluß rückgängig zu machen. Auf die Einwirkung der Rathenower ist der Auslieferungsbefehl nicht ohne Wirkung geblieben. Es war in fast allen Bevölkerungsteilen Tagesgespräch: Wird es zum Weisesten kommen? Durch Vermittlung des ersten Bürgermeisters, Herrn Lindner, wurden Einigungsverhandlungen in letzter Stunde in die Wege geleitet. Die ersten Verhandlungen fanden am 26. August zwischen Vertretern des Unternehmerverbandes, des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, des Gewerbetreibenden und den Vertrauensleuten aus den einzelnen Branchen unter Leitung des Herrn Bürgermeisters Lindner statt. Vier Tage, zum Teil bis in die späte Nacht hinein, währten die Verhandlungen. Noch am letzten Tage nachmittags schien es, als ob eine Einigung ausgehoben sei. Die Unternehmer wie die Arbeiter hatten zu demselben Abend Versammlungen einberufen. Die Spannung steigerte sich von Stunde zu Stunde. Es war Feierabend, die Ablosung der Arbeiter war erfolgt, die Verhandlungen noch nicht zu Ende. Das Wunder, wenn die Kollegen in höchster Empörung darüber waren! Mitten in den Friedensverhandlungen die Auslieferung vorzunehmen, war gewiß der größte taktische Fehler, der gemacht werden konnte. Endlich, um 9 Uhr abends, hatten die Verhandlungen ihr Ende erreicht. Die Kommissionen wurden mit Fragen beauftragt, vor dem Versammlungsort der Arbeiter waren große Ansammlungen, um zu hören, ob Krieg oder Frieden. Um 1/10 Uhr begann die überfüllte Versammlung. Kollege Münzinger gab den Bericht von den Verhandlungen. Die Versammlung nahm diesen mit Spannung und in aufrichtiger Ruhe entgegen. Die Verhandlungen hatten zu folgendem Ergebnis geführt: Bezüglich der Arbeitszeit ist eine Verkürzung von 56 auf 54 Stunden erzielt, deren Regelung den Betrieben überlassen bleibt. Die Überstundenarbeit hat eine Beschränkung auf 8 Stunden wöchentlich und auf höchstens 6 Wochen im Jahr erfahren (bisher 10 Stunden pro Woche und 10 Wochen pro Jahr — 100 Überstunden). Der Ausschlag beträgt wie bisher 10 S. Die Einführung der allgemeinen Lohnarbeit wurde höher fallen gelassen werden. Der Mindestlohn, unter dem Lohnarbeiter nicht mehr eingestellt werden dürfen, ist von 15 auf 18 M. erhöht (gefordert waren 20 M.). Der Mindestlohn für Arbeiterinnen bis zu 16 Jahren beträgt nach dem wöchentlichen Dauer 7,50 M. (bisher 6 M.); der Mindestlohn für Arbeiterinnen über 16 Jahre beträgt 10 M. (bisher 7,50 M.). Für Goldarbeiter wurde die Lohnzeit auf 3/4 Jahre festgelegt. (Die Unternehmer hatten eine vierjährige Lohnzeit verlangt.) Eine Erhöhung der Akkodlöhne für Goldarbeiter war nicht zu erreichen, da nach der nicht zu überlegenden Auffassung der Unternehmer in dieser Branche hiesig noch befriedigende Verdienste erzielt wurden, die auszubessern die Unternehmer nicht ablehnten. Dagegen wurde den Lohnarbeitern ein Ausgleich für die Arbeitszeitverlängerung zugesprochen; dergleichen wurde zugesprochen, daß nicht gut lohnende Arbeiten von Lohnarbeitern hergestellt werden sollen. Zu der Künd- und Stahlbranche wurde für Künd- und Stahlbranche ein Ausschlag von 5 Prozent erreicht. Ausgeschlossen von der Erhöhung bleiben Ridelbodenbrillen, Stahlbrillen und Kassenbrillen, weil diese Waren nach den in den Kommissionsverhandlungen gegebenen Darlegungen infolge der Marktverhältnisse einen Ausschlag nicht mehr vertragen. Wertvolle Verbesserungen wurden durch die Kündregelung des Spezialtarifs der optischen Handwerker erreicht. Beim Spezialtarif der Einzelkäufer hatten die Unternehmer weitgehende Abzüge geplant. Diese wurden zurückgewiesen und bei einigen bisher höchst bezahlten Positionen annehmbare Verbesserungen erzielt. Für die Einzelkäufer, eine besonders schmerzliche Gruppe, die durch den Auslieferungsbefehl der Arbeitgeber in die Bewegung gedrängt wurden, bestand bisher kein tarifliches Arbeitsverhältnis. Hier wurde festgestellt, daß höchstens bis Jahresbeginn ein Einzelkäufer geschaffen werden muß. Die gleiche Festlegung wurde bezüglich der Lohnarbeit erreicht. Mit der Annahme der Einigungsentschlüsse war die Kündigung veräußert, daß die am Mittwoch abend bereits größtenteils in Kraft getretene Auslieferung gegenstandslos und die Arbeit Donnerstag früh ohne weiteres wieder aufgenommen wird. Kollege Münzinger empfahl im Namen der Gesamtkommission die Annahme dieser Einigungsentschlüsse. Wenn auch das nicht erreicht sei, was das Gess der Kollegen gewollt habe, und manches hinter der Erwartung zurückgeblieben sei, so sei nach der übereinstimmenden Meinung der Kommission nicht mehr zu erreichen gewesen. Nach langer, lebhafter, aber sachlicher Diskussion und nachdem die Bezirksleiter Jeronke und Jordan (Gewerbetreibenden) ebenfalls für Annahme der Vorschläge gesprochen hatten, beschloß die Versammlung gegen 10 Stimmen, die Einigungsentschlüsse anzunehmen. Mit lautem Beifall wurde die Annahme begrüßt und noch einem letzten Ersuchen des Kollegen Münzinger mit einem bewundernswürdigen Hoch auf die Organisation die Bewegung und Versammlung beendet. Wenn diesmal der Kampf vermieden worden ist, dann ist es neben dem Wohlwollen des Herrn Bürgermeisters Lindner vor allem Dingen der Ruhe und Besonnenheit der Arbeiter-Zeitung zu verdanken. Sollte man es der Arbeiter-Zeitung betragen, wenn sie, nachdem sie mitten in den Friedensverhandlungen auf die Straße geschickt wurde, sich gegen die Einigungsverhandlungen erklärte? Diese Warnung kam auch in der Versammlung der Ausgeperrten eingehend zum Ausdruck. Bezüglich des Ausschlusses der Arbeiter-Zeitung, die der Kampf der heimlichen Inhaber bringen würde, erklärten sich die Arbeiter bereit, die Arbeit wieder aufzu-

nehmen. Für die Arbeiter Rathenows gilt es, aus dieser Bewegung die Lehre zu ziehen, daß sie vor Angriffen des Unternehmerverbandes keineswegs sicher sind. Daß es diesmal gelungen ist, den Vorstoß des Unternehmerverbandes zurückzuweisen, haben die Kollegen dem Zusammenschluß in der Organisation zu danken. Noch stehen aber hunderte von Kollegen der Organisation fern, stehen teilnahmslos beiseite. Wollen die Arbeiter Rathenows ihre Tarife erhalten und auf diesem Wege weiterkommen, dann muß auch der letzte optische Arbeiter der Organisation beigetreten werden. Die drei Jahre bis zum Ablauf des Tarifs müssen ausgenutzt werden, um weitere Erfolge erreichen zu können. Tue ein jeder seine Pflicht, dann wird es vorwärts gehen, dann hat aber auch die heutige Bewegung reiche Früchte getragen. Darum, Kollegen von Rathenow: Nehmet die Zeit, schließt eure Reihen, stärkt den Verband!

Schloffer.

Chemnitz. Die Bauerschloffer reichten an ihre Meister die Forderung auf Einführung eines Tarifvertrages ein. Der Innungsvorstand lehnte es ab, mit einer Tarifkommission zu verhandeln; er berief sich auf § 45 des Innungsstatuts, nach dem über Regelung des gegenseitigen Verhältnisses nur mit dem Gesellenausschuß zu verhandeln sei. Die Verhandlungen sollen nun vorerst zwischen dem Innungsvorstand und dem Gesellenausschuß gepflogen werden. Bis zur Erledigung der Sache werden die Kollegen ersucht, Chemnitz zu meiden.

Rundschau.

Der VI. Internationale Metallarbeiterkongress

wird nunmehr, wie durch den Sekretär des Internationalen Metallarbeiter-Bundes den angeschlossenen Verbänden durch besonderes Rundschreiben mitgeteilt worden ist, bestimmt in der Zeit vom 31. Oktober bis zum 2. November dieses Jahres in Birmingham im Versammlungslokal des Whitehorse Hotel, Congreen Street, stattfinden. Die Hinausschiebung des Termins war notwendig geworden, weil sich der früheren Abhaltung des Kongresses in den anderen Ländern wegen Stattfindens der eigenen Gewerkschaftskongresse Schwierigkeiten in den Weg stellten.

Gewerkschaftliches.

Lithographen. Vom 22. bis zum 27. August fand in Hamburg eine Generalversammlung des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufsgenossen statt. Der Geschäftsbericht umfaßte drei Jahre. Danach traten vom Verband der Lithographen 257 und vom Verband der Formstecher 430 Mitglieder über. Am 1. Januar 1907 war die Gesamtmitgliederzahl 15 768, am 1. Januar dieses Jahres 17 505 und am 1. April 17 397. Der kleine Rückgang während der letzten Zeit wird einem Rückgang im Berufe zugeschrieben, der auch Verbandsmitglieder zuzugewand, in anderen Berufen unterkommen zu suchen. Die Lehrlingsabteilung hatte am 1. Juli 1908 2464 Mitglieder und am 1. Januar 1910 3306. Die Kasse hatte in der Zeit vom 1. Juli 1907 bis zum 31. März 1910 eine Einnahme von 2 878 760,94 M., eine Ausgabe von 2 698 613,36 M. Es fanden 225 Lohnbewegungen mit und ohne Streiks statt in 150 Orten mit 438 Betrieben und 5252 Beschäftigten. Zum Streik kam es in 24 Orten mit 539 Beschäftigten. Durch die Erhöhung der Tabaksteuer ist der Beruf stark in Mitleidenschaft gezogen worden, weil jetzt weniger farbige Bindungen verfertigt werden. Auf dieser Generalversammlung wurde lebhaft über die Einführung von Staffeltariffen diskutiert. Besonders waren es Vertreter der Lithographen und der Photographen, die sehr dafür eintraten. Nichtsdestoweniger wurde in namentlicher Abstimmung mit 59 gegen 15 Stimmen die Einführung abgelehnt. Verbandsvorsitzender Sillier referierte über „Unser Verhältnis zu den graphischen Verbänden“ und wiederholte dabei seine schon auf dem Bundeskongress abgelesenen Ausführungen zugunsten eines Industrieverbandes (siehe Metallarbeiter-Zeitung Nr. 29, Seite 231). Sillier empfahl die Annahme folgender Resolution:

„Die Generalversammlung erkennt grundsätzlich an, daß ein graphischer Industrieverband, mit Einschluß aller graphischen Verbände, die beste zu erstrebende Organisationsform ist; sie erklärt sich aber nur dann für einen solchen Industrieverband, wenn diesem alle graphischen Verbände beitreten.“

Da aber aller Wahrscheinlichkeit nach ein solcher Industrieverband vorerst noch nicht zu erreichen ist, so sind mit allen graphischen Verbänden Beratungen zu pflegen, um bestimmte Normen für Lohnbewegungen aufzustellen. Bei diesen Normen ist jedoch daran festzuhalten, daß eine Solidaritätserklärung bei Streiks nur dann verlangt werden kann, wenn der in Mitleidenschaft gezogene Verband vor Eintritt in eine Bewegung verständigt und über seine spätere Mißbilligung gehört wurde.“

Unternehmerterrorismus.

Die Unternehmer und ihre Goldschreiber können nicht genug über den Terrorismus, der angeblich von der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ausgeübt werden soll, zeteren. Sie schreien nach Polizei und Staatsanwalt, um die „Ferber“ und „Wähler“ hinter Schloß und Riegel zu bringen oder nach der neuesten Entdeckung die Führer und Leiter der Sozialdemokratie nach den Südfesteln zu deportieren. Es ist dies die bekannte Geschichte von dem Spitzhüter, der bei seiner Verfolgung am laudesten schreit: „Galtet den Dieb! In Reinsdorf streifen in den Sprengstoffwerken die Metallarbeiter. Einigen der Streikenden ist es gelungen, trotz der schwarzen Listen anderweitig Arbeit zu bekommen, darunter auch ein Schloffer in der Wittenberger Aktienbrauerei. Der Direktor der Brauerei wußte, daß es sich um einen Streikenden der Sprengstoffwerke handelte und er suchte ihn, eine in der Brauerei offene Stellung als Schloffer anzunehmen. Nicht der Streikende hat also um Arbeit angefragt, sondern der Direktor hat dem Streikenden die Stellung angeboten und dieser hat sie angenommen. Der Schloffer wurde aber doch plötzlich entlassen, obwohl 14tägige Kündigung vereinbart war. Die Entlassung ist, das steht zweifellos fest, auf Betreiben des Arbeitgeberverbandes oder der Direktion der Sprengstoffwerke erfolgt. Nachdem man unfererseits vorstellig geworden war, ist die mögliche Entlassung zurückgenommen worden; der Schloffer soll seine 14 Tage abarbeiten. Damit glaubt man nach außen hin den Schloffer zu wahren, als handle es sich in diesem Falle um eine regelrechte Lösung des Arbeitsverhältnisses. Aber die Spähen pfeifen es von den Dächern, daß der Arbeitgeberverband der Brauerei mit dem Diebstahl gedroht hat, falls der Streikende weiterbeschäftigt würde. Es kam einwandfrei nachgewiesen werden, daß der Direktor der Wittenberger Aktienbrauerei gezwungen worden ist, den Schloffer zu entlassen. Ihm Schutze der Arbeitswilligen wird die Polizei mobil gemacht und diese stellt sich auch bereitwillig den Unternehmern zur Verfügung. Streikende, denen es gelungen ist, irgendein Arbeit zu erhalten, werden strahllos verfolgt und rücksichtslos wieder aus der Arbeit gedrängt. Das ist Unternehmerterrorismus. Ob sich hier ein Staatsanwalt finden wird, der die Mißfäter genau so wie Streikposten behandelt wegen wir zu bezweifeln.

Schutz den Arbeitswilligen.

Das ist die Parole in unserem Klassenstaat; eine Verhandlung, die sich vor dem königlichen Schöffengericht in Eßlingen abspielte, hat das wieder bewiesen. Der Tagelöhner Danneberg, der während des Streiks bei der Firma Düberradt Arbeitswilligendienste leistete, hat zwei Arbeiter, die sich zum Mittagessen begeben wollten, auf das gewöhnliche beleibt und dabei groben Unfug verübt. Ausbrüche, wie: "Wenn ihr nicht macht, daß ihr fortkommt, haue ich euch die Baden voll", waren die Einleitung zu einem großen Krach, wie sich ein Zeuge vor Gericht drastisch ausdrückte. Einer der Arbeiter, der ruhig jenes Weges ging, wurde von dem Rasenden bedroht und auf das gemeinste beschimpft: "Dir schlage ich deinen Hagen gar ab, du trummer Siech, ihr habt ja doch nichts zu freßen, ihr müßt doch am Hungertuch nagen", das waren die Liebeswürdigkeiten, die dem sowie so bedauernswerten Menschen (er ist invalide) ins Gesicht geschleudert wurden. Da gerade Mittagspause war, hatte der Vorfall eine Menge Menschen angezogen; der Krach war derart, daß selbst die Nachbarn, die Zeugnis ablegten, zugeben mußten, der Unfug sei ein "erheblicher" gewesen. Jemandwelche Veranlassung zu den Gejessen lag nicht vor. Die beiden Arbeiter waren auf der Straße und Panzer befand sich in seiner Wohnung, von wo aus er schimpfte und krakeulte.

Gegen die polizeiliche Strafverfügung in Höhe von 6 M. wurde von Danneberg gerichtliche Entschädigung beantragt, wahrscheinlich in dem Glauben, daß das Gericht seine (Dannebergs) Verdienste als Arbeitswilliger berücksichtigen werde. Die Beweisaufnahme war für den Angeklagten sehr belästigend, es wurde einwandfrei festgestellt, daß keiner der beiden Arbeiter ihn bedroht hatte — er gab fälschlicherweise an, einer habe "mit dem Stock nach seinem Fenster geschüttelt" —, so daß der Amtsanwalt selbst beantragte, die Strafe zu erhöhen, da die polizeiliche Strafverfügung von 6 M. in dem Maße zu niedrig angelegt sei. Das Gericht gab dem Antrag des Amtsanwalts nicht statt, sondern — ermäßigte die Strafe auf drei M. In der Begründung wurde ausgeführt, daß der Angeklagte der Auffassung sein konnte, es sei ein Angriff beabsichtigt gewesen, jedenfalls sei nicht zu widerlegen, daß dies "seiner Ansicht sein konnte". Also, wenn ein Arbeiter ruhig seines Weges geht und ein Arbeitswilliger bildet sich in seiner Wohnung ein, daß er bedroht werde, so sind das milde Umstände. Unglaublich, aber wahr!

Daß dieses Gericht auch andere Urteile fällt, geht aus der vorangegangenen Verhandlung deutlich hervor. Ein Gürtler, der während desselben Streiks einem Arbeitswilligen zugerufen hatte: "Warte, dich werde ich bearbeiten", wurde mit zwei Tagen Gefängnis bestraft. Dieser Angeklagte machte geltend, daß er mit dem Betreffenden immer auf gutem Fuße gestanden habe und er keine Drohung ausgesprochen habe, sondern mit seiner Aeußerung sagen wollte, er werde auf ihn eintreten, damit er die Arbeit einstelle. Diesen Angaben schenkte jedoch das Gericht keinen Glauben, sondern weil es sich um eine Lohnbewegung handelte, mußte die Aeußerung eine Drohung im Sinne des § 153 sein.

Obwohl der Angeklagte nicht zu den streikenden Arbeitern zählte, wurde ausdrücklich in der Begründung hervorgehoben, daß das Gesetz wohl den Arbeitern das Recht gebe, Verabredungen zu treffen zur Erlangung günstiger Lohnverhältnisse, andererseits aber müßten auch die Arbeitswilligen geschützt werden.

Und da behauptet man noch, daß es ein gleiches Recht für alle gebe. —

Von der Fleischnot.

Die unerhörte Fleischsteuerung zwingt die Massen immer mehr, sich dem Genuß von Pferde- und selbst Hundefleisch zuzuwenden. Im Jahre 1909 sind in Deutschland 151 357 Pferde geschlachtet worden, gegen 136 273 im Jahre 1908. Die Zahl der Hundeschlachtungen ist im gleichen Zeitraum gestiegen von 6138 auf 6990 Stück. Die meisten Hunde wurden verzehrt in Sachsen (4062), Schlesien (1522), Bayern (421) und Umbalt (364). Damit ist natürlich die Zahl der Hunde, die verzehrt werden sind, keineswegs erschöpft, denn es handelt sich nur um die Hunde, an denen die antilichste Fleischschau vorgenommen wurde. Man weiß aber, daß sehr viele Hunde geschlachtet werden, ohne daß der Fleischbeschauer etwas davon erfährt. —

Selbst der "christliche" Deutsche Metallarbeiter kann nicht umhin, in seiner Nr. 38 (Seite 304) zuzugeben, dies sei "ein Uebelstand, den alle Wohlstande tief bedauern müssen". Das ist aber alles, was dieses auch-Arbeiterblatt dafür übrig hat, und in derselben Notiz bringt das Blatt, es fertig, Kirch- und Dundersche Wälder anzuzupfen, weil sie "auch ins rote Fleischrummelhorn tuten". So hat dieses Blatt außer einer länglichen Probolistrone nur Lohn und Spott für einen der entsetzlichen Uebelstände. Der jemals das deutsche Proletariat heimgesucht hat. Kein Wunder! Als Blatt einer Zentrumsgeometrie, das darf es ja auch nicht die leiseste Kritik an einem Zustand sein, der durch die vorkapitalistische Politik des Zentrums zum großen Teile mit heraufbeschworen worden ist. So etwas nennt man dann "christlich". Ob wohl der "christliche" Hunger nach einem ordentlichen Stück Fleisch weniger tut als der gewöhnliche proletarische?

Neue Brüder.

Die Forstheimer "christlichen Brüder" des Zentrums-Metallarbeiterverbandes haben in der Person des schon in Nr. 36 Seite 286 der Metallarbeiter-Zeitung erwähnten arbeitswilligen Wehners Franz Bruder ein williges Werkzeug zur Verächtlichmachung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes gefunden. Sie ließen ihn in Nr. 195 des Forstheimer Generalanzeigers vom 23. August ein Eingeladene über seine "Erfahrungen während des Klempnerstreiks bei der Firma Hoffmann" veröffentlichen. Diese "Erfahrungen" wurden von unserer Forstheimer Ortsverwaltung in Nr. 197 des Generalanzeigers vom 25. August sofort als Schwindel nachgewiesen, aber trotzdem entblödeten sich die "Christen" nicht, den Schwindel auch noch im Duisburger schwarzen Zentrums-Metallarbeiterblatt (Nr. 37 vom 10. September) neben anderen Lügen und Verdächtigungen auszusprechen.

Daß der Arbeitswillige Franz Bruder und die "Christen" ebensolche Brüder sind, geht aus der ganzen Sachlage deutlich hervor. Nach den "Erfahrungen" will Franz Bruder durch Versprechungen belandeten Art zum Eintritt in den Deutschen Metallarbeiter-Verband bewegen worden sein, wonach er sich am 27. Juli wegen Lohnunterschieden bei der Firma Hoffmann dem ausgebrochenen Streik habe anschließen müssen. Es sei ihm von der Geschäftsleitung ein wöchentliches Streikgeld von 14 M. und ein Vorkassenzuschuß von 3 M. versprochen worden. Bei der ersten Auszahlung am 6. August habe er aber nur 10 M. erhalten. Auf seine Beschwerde habe er von den Vertrauensmännern die Antwort bekommen, es sei vielleicht ein Versehen, er solle sich bis zur nächsten Auszahlung gedulden. Bei dieser habe er aber wieder nur 10 bare Mark erhalten, erst auf energische Beschwerde an der Kasse seien ihm weitere 2 M. eingehändigt worden. Am 6. August sei auch in einer Wehnergehilfenversammlung eine Tellerammlung zugunsten der Streikenden veranstaltet worden, von der er nichts bekommen habe. Da es ihm absolut unmöglich gewesen sei, mit so geringem Streikgeld auszukommen und er auch keinen laute, wie genau es die Herren mit ihren Versprechungen hielten und welchen Sinn sie für Gleichheit und Brüderlichkeit (wer meißt hier nicht das "christliche" Ullat?) hätten, habe er es vorgezogen, die Arbeit bei seiner Firma, mit der er übrigens sehr zufrieden war, wieder aufzunehmen. Schließlich versicherte er seinen Kollegen, daß das Gnadenbrot der Firma Gebr. Hoffmann größer gewesen und besser schmecke als die magere Kost des Metallarbeiter-Verbandes.

Unsere Forstheimer Ortsverwaltung hat nun auch dem schwarzen Duisburger Zentrums-Metallarbeiterblatte eine Verächtlichmachung geschickt, in der es heißt, daß dem Arbeitswilligen Franz Bruder bei seiner Aufnahme in unsere Organisation keinerlei Verpflichtungen gemacht worden seien. Ihm sei lediglich gesagt worden, daß es seine Pflicht sei, sich zu organisieren, wenn er seine Lage verbessern wolle. Es sei ferner unklar, daß ihm eine Unterstützung von wöchentlich 14 M. und ein Vorkassenzuschuß von 3 M. versprochen wurde. Bruder sei auf den § 16 unseres

Statuts, in dem die Unterstützungen des Streiks festgesetzt sind, zugleich mit seinen anderen streikenden Kollegen aufmerksam gemacht worden. Die erste Auszahlung der Streikunterstützung sei auch nicht am 6. August, sondern bereits am 30. Juli in einer Höhe von 10 M. für fünf Tage erfolgt, da Bruder noch ledig ist. Am 6. August habe er irtümlich durch den Vertreter des Kassiers nur 10 M. statt 12 M. erhalten. Dieser Fehler sei aber sofort, nachdem der Geschäftsleiter von den anderen streikenden Kollegen und nicht etwa von Bruder selbst Mitteilung gemacht worden war, korrigiert; es trübten ihm die 2 M. am gleichen Tage noch ausbezahlt. Es sei also auch unklar, daß Bruder selbst "energisch" an der Kasse reklamiert habe. Die "Tellerammlung" zugunsten der Streikenden sei ohne Wissen und Zustimmung der Geschäftsleitung vorgenommen worden. Diese Sammlung sei vielmehr nach der Versammlung — nachdem nur noch ein kleiner Teil der Blechner anwesend war — von einem am Streik nicht Beteiligten vorgenommen worden, — von den streikenden Kollegen einige Glas Bier zu kredenzen. Diese Sammlung sei also ein ganz harmloser Vorgang gewesen, wie er fast jeden Abend, wo Kollegen am Bierisch zusammentreffen, vorkomme. In Forstheim verfüge unser Verband über ein Vorkassenzuschuß von 23 000 M. und habe deshalb nicht nötig, "Teller-sammlungen" zu veranstalten. Bruder habe von dem Freiberger nur deshalb nichts erhalten, weil er sich nach der Versammlung sofort entfernt hatte. Bruder habe vor der Tarifbewegung einen Stundenlohn von nur 50 S. gehabt. Hätte unsere Organisation die Tarifbewegung für die Blechner nicht gemacht, so wäre Bruder nicht in der Lage gewesen, seinen Lohn auf 62 S. zu steigern. Der Tarif, der mit der Organisation der Wehnermeister abgeschlossen wurde, sei nur von drei Firmen, und darunter auch von der Firma Hoffmann, nicht anerkannt worden. Er enthalte einen Mindestlohn für selbstständig arbeitende Gesellen von 60 S. pro Stunde und bei entsprechender Leistung mehr. Nach diesem Satze würde der Arbeitswillige Bruder jetzt von seiner Firma, die sich vor der Bewegung weigerte, diesen Lohn zu gewähren, bezahlt.

Daraus geht hervor, daß den "Christen" jedes Mittel recht ist, das ihnen zur Verächtlichmachung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes geeignet erscheint. In diesem Falle machten sie sich durch Benützung des Franz Bruder sogar zu Beschützern und Verteidigern des Streikbruchs!

Die blamierten "Christlichen".

Die Blamage in Gmünd muß wirklich recht groß sein, da uns der christliche Agitator Kollostrath zu der Notiz in voriger Nummer folgende "Berichtigung" sandte:

- 1. Nicht wahr ist, daß eine Ortsverwaltungsitzung Stellung nahm, in der "ziemlich Fraktur" gesprochen wurde.
2. Wahr ist dagegen, daß nach Aufklärung des Falles die fragliche Sitzung sich mit den ihr vorgelegten Fragen beschäftigte, die Sitzung war schon am Sonntag vorgemerkt.
3. Unwahr ist demzufolge, daß verlangt wurde, der Vorsitzende Wieber müsse kommen, um die "Eselei" Kollostraths wieder gut zu machen.
4. Wahr ist, daß infolge der Eile beim doppelt Ausfertigen der Fehler bei der Korrektur übersehen wurde.
5. Unwahr ist, daß die Führer der "Christen" eine Verbesserung der Lage der armen Teufel von Gold- und Silberarbeitern nicht wollen.
6. Wahr ist dagegen, daß der Unterfertigte bei allen ihm zu Gebote stehenden Gelegenheiten auf die Notwendigkeit einer Verbesserung hinwirkte, unter anderem war es der Unterzeichnete, der noch in der sonntägigen Mitgliederversammlung auf die Berechtigung einer Lohnverbesserung hinwirkte.

An diesem Reinwaschungsversuch ist nun wohl das interessanteste, daß er der Metallarbeiter-Zeitung erst zugeht, als in der Öffentlichkeit die Unwahrhaftigkeit der "Christen" schlagend nachgewiesen war. Doch geniert dies diese "Christen" weiter nicht. Sie denken, durch dreiste Behauptung des Gegenteils von dem, was ist, vortäuschen zu können, daß sie einmal zu Unrecht angezogen worden seien. Kollostrath bestreitet hier, daß in der fraglichen Sitzung "ziemlich Fraktur" gesprochen wurde. Es kommt eben ganz darauf an, was K. unter "ziemlich Fraktur" versteht. So viel steht fest, daß Kollostrath durch seine erste Veröffentlichung bei seinen Mitgliedern keine Vorbeeren geerntet hat, und daß selbst einige einflußreiche christliche Mitglieder ihn ganz gewiß nicht als das bezeichnet haben, was er sein will. Ja, man hörte sogar Worte, die wir hier nicht wiedergeben wollen, so daß das Wort "Eselei" noch als ganz milde bezeichnet werden muß. Ob nun die Sitzung am Tage vorher schon angefangen war, spielt gar keine Rolle. Das eine steht nun einmal bombastisch, daß Kollostrath in dieser Sitzung nicht als der geschickteste Taktiker in Lohnfragen gefehert wurde. Dabei geben wir zu, daß diese "Eselei" Kollostraths auch sein Vorzüglicher Wieber nicht hoch gutmachen kann. Die glatte Ausrede, als ob bei dem doppelten Ausfertigen der angenommenen "Entschädigung" — oder besser gesagt Entgleichung — das Wörtchen voreit vergessen worden sei, glaubt kein Mensch, der über normale Sinne verfügt. Am Montag den 5. September wurde die Entschädigung in den Gmünder Tagesblättern veröffentlicht, am darauffolgenden Tage, also am 6. September, wurde das Wörtchen "voreit" hineinberichtigt und am 7. September stand in einer Kollostrath sehr nachstehenden Valener Zeitung die gleiche Entschädigung ohne das Wörtchen "voreit". Wenn es Kollostrath ernstlich darum zu tun gewesen wäre, die Lage der armen Teufel von Gold- und Silberarbeitern einigermaßen zu bessern, so hätte er das Fehlen des Wörtchens "voreit" sofort gemahnt werden müssen und nicht erst nach einer Sitzung, in der er wahrlich keine Selde gesponnen hat, die Berichtigung zusammenbuchstabieren müssen. Derartige fadenbüchige Ausreden ziehen nicht mehr und sie glaubt ihm auch kein vernünftiger Mensch. Uns kann es recht sein, nur so weiter gemacht. Die "Eselei" Kollostraths hat wenigstens das eine bezweckt, daß der allergrößte Teil der Gold- und Silberarbeiter einsehen gelernt hat, daß nur in einer einzigen, geschlossenen Organisation die Interessen der Arbeiter mit dem nötigen Nachdruck gewahrt werden können, und als solche kann nur der Deutsche Metallarbeiter-Verband in Frage kommen.

Vom Ausland.

Osterreich.

Die Gegenätze in den österreichischen Gewerkschaften hatten sich vor dem Kopenhagener Kongress ungemein zugepunkt. Die Zentralverbände waren zerfallen, in der Gewerkschaftspresse tobte eine heilige Diskussion und in zahlreichen Versammlungen wurde die Streikfrage über die Form der Organisation in recht stürmischer Weise erörtert. In beiden Lagern war man nun ungemein gespannt auf die Entscheidung der Internationalen. Die tschechischen Separatisten mochten wohl hoffen, in Kopenhagen eine Rechtfertigung, wenn schon keine Billigung ihres Vorgehens zu erzielen. Sie glaubten sich durch die Besonderheit der österreichischen Verhältnisse berechtigt, eine andere Art des Gewerkschaftskampfes führen zu dürfen, als sonst üblich ist. In Kopenhagen sollte ihrem Wunsche nach die Eigenart der österreichischen Verhältnisse als solche erlaubt und den tschechischen Separatisten ein Generalabn gewährt werden, der es ihnen nach wie vor ermöglicht hätte, ihre zerstörende Arbeit fortzusetzen. Der Internationale Sozialistenkongress machte aber durch diese Rechnung einen tadeln Ehrich. Er ließ sich auf das angebotene Kompromiß nicht ein, sondern erklärte klipp und klar, daß er lediglich die internationale zentralistische Gewerkschaft als geeignete erachte, wofür die Interessen des Proletariats zu vertreten. Selten war so einmütig entschieden worden wie in dieser Streitfrage. Die tschechischen Separatisten mußten es erleben, daß ihr Sonderhandpunkt von den Vertretern aller sozialistischen Arbeiterparteien mit gleicher Entschiedenheit verurteilt wurde. In der Kommission, die die Gewerkschaftsfrage behandelte, ebenso wie im Plenum des Kongresses fand sich außer den Tschechen kein einziger Verteidiger

des nationalen Separatismus. Man wählte stets sehr höfliche Worte — und das war recht klug —, um die separatistischen Gellisse abzu-lehnen. Man wollte vermeiden, daß die tschechischen Genossen, die jahrzehntlang in treuer Kampfesgemeinschaft den Arbeitern aller Nationen verbunden waren, sich als Geschlagene fühlten, daß sie als Verbitterte den Kampfplatz verlassen. Man wollte ihnen den Rückzug so leicht als möglich machen. Aber über allen diesen tschechischen Höflichkeiten stand doch der einmütige Wille des Kongresses, einer Zerreißung der internationalen Gewerkschaftsverbände unter allen Umständen entschlossen entgegenzutreten.

Der erste Absatz der von Kongresse angenommenen Resolution erneuert die Beschlüsse des Stuttgarter Kongresses, vielmehr er interpretiert diese im Sinne des gewerkschaftlichen Zentralismus. Die Separatisten hatten sich auf den Stuttgarter Beschluß berufen, weil er eine Einheitsfront zwischen Partei und Gewerkschaft erstrebte. Sie sagten, nachdem die politische Partei des tschechischen Proletariats national autonom sei, müßten es auch seine Gewerkschaften sein, um eben eine Einheitsfront herbeizuführen. Nun sagt der Kopenhagener Kongress, daß die Einheitsfront der Gewerkschaftsorganisation in jedem Staate im Auge zu behalten und eine wesentliche Bedingung des erfolgreichen Kampfes gegen Ausbeutung und Unterdrückung ist. Wohl müssen selbstverständlich in tschechischen Staaten die einheitsfrontigen Gewerkschaften den sprachlich-kulturellen Bedürfnissen ihrer Mitglieder Rechnung tragen. Die österreichischen Gewerkschaften können indes stolz behaupten, daß sie diese Aufgabe bis jetzt im weitestem Maße erfüllt haben. Der Separatismus ist keinesfalls darauf zurückzuführen, daß den sprachlich-kulturellen Bedürfnissen in den Zentralverbänden nicht Rechnung getragen worden wäre, denn es ist ja die Spaltung auch in Verbänden — wie im Schneiderverband — herbeigeführt worden, die von Tschechen geleitet waren. Die österreichischen Zentralisten konnten deshalb dieser Bestimmung der Resolution um so eher zustimmen, als sie sich mit ihren eigenen Ansichten deckt. Am wertvollsten für die Zentralisten ist der Satz der Resolution, der erklärt, daß jeder Versuch, internationale einheitsfrontige Gewerkschaften in national-separatistische Teile zu zerbrechen, der Wille des internationalen Sozialistenkongresses widerspricht. Diese klare Stellungnahme für den Zentralismus schließt in sich die Aufforderung an die Separatisten, den bisher eingeschlagenen Weg zu verlassen. Der Internationale Sozialistenkongress erwartet, daß die tschechische Sozialdemokratie nicht mehr für den gewerkschaftlichen Separatismus eintritt, ja noch mehr, sie verlangt ein Zurückgehen auf den gemeinsamen Pfad internationaler Gewerkschaftstatik.

Werden sich die tschechischen Separatisten diesem Wunsche fügen? Das ist nun die große, für die österreichische Gewerkschaftsbewegung wichtige Frage. Wer die Debatten auf dem Kongresse verfolgt hat, wird aus ihnen haben entnehmen können, daß die tschechischen Delegierten sehr wenig Bereitwilligkeit bekundeten, mit dem Zentralismus ihren Frieden zu schließen. Aber man mag vielleicht diese Haltung auf dem Kongresse nach der momentanen Kampfesituation zuschreiben, die im Augenblick der entscheidenden Auseinandersetzung die Delegierten gefangen nahm. Schwerer ins Gewicht fällt es, daß die tschechischen Separatisten in der Heimat die Entscheidung des Internationalen Kongresses nicht sehr berührt zu haben scheint. Eine Gruppe von ihnen schickte ein ganz taktloses Begrüßungstelegramm an die ständische tschechische Delegation auf dem Kongresse, von der sie fälschlicherweise annahm, daß sie für die nationale Separation gestimmt habe. Das Zentralorgan der tschechischen Sozialdemokratie und ebenso die anderen tschechischen Parteiblätter lassen gleichfalls nichts von einer veröhnlichen Stimmung merken. Im Gegenteil, die Berichte aus Kopenhagen und die Reklamationen über die auf dem Kongresse gefallenen Beschlüsse klingen nach alle darin aus, daß der Kongress von den "Deutschen" falsch informiert worden sei. Den Zentralisten werden bitterböse Vorwürfe darüber gemacht, daß sie es wagten, die Zahl der tschechischen Zentralisten bekanntzugeben. Die Separatisten können es nicht vermeiden, daß man der Internationale mit Recht berichten konnte, daß in den Zentralverbänden etwa 120 000 tschechische Arbeiter organisiert sind, während ihre separatistischen Gewerkschaften nur 40 000 Mitglieder zählten. Die Feststellung, daß die Separatisten nur eine Minorität der organisierten tschechischen Arbeiter darstellen, will ihnen nicht behagen. Das löst nun neuerliche heftige Angriffe gegen die Zentralisten aus.

Die ganze Art, wie nach der so imponierend einmütigen Entscheidung des Internationalen Kongresses von den Separatisten die Diskussion weitergeführt wird, läßt nicht auf eine starke Friedensbereitschaft in ihren Reihen schließen. Demgegenüber können die Zentralisten vorerst nichts anderes machen, als geduldig abzuwarten, wie sich die Dinge in den nächsten Wochen entwickeln werden. Im Interesse der Proletarier aller Nationen Österreichs hoffen wir, daß schließlich in den Kreisen der Separatisten doch eine bessere Einsicht Platz greifen wird. Respektieren die Separatisten den Kopenhagener Beschluß nicht, dann werden sie den betrüblichen Folgen einer solchen Haltung nicht entgehen können. S. D.

England.

Aussperrung in der britischen Schiffbauindustrie. Die englische Gewerkschaftsbewegung befindet sich in einer verhängnisvollen und gefährlichen Krise, nie sie sich seit den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts, als sie die ersten Einigungsbestrebungen regten, nicht ernstlicher bemerkbar machte. Seit Monaten hört man fast täglich von Unzufriedenheit unter den organisierten Arbeitern in der einen oder der andern Industrie, die sich dadurch entladet, daß die Arbeiter plötzlich, ohne vorher getroffene Maßregeln, ja, ohne vorher die Hauptvorstände oder Vorkassentanten der in Betracht kommenden Organisationen davon in Kenntnis zu setzen, in verschiedenen Orten die Arbeit niederlegen und in eine Streikbewegung eintreten. So geschah es in den letzten Monaten mehrmals in der Schiffbauindustrie im Norden Englands und bei den Eisenbahnern. Und nun kommt der größte Schlag: die in der Shipbuilding Employers' Federation organisierten Unternehmer der Schiffbauindustrie haben alle Kesselschmiede, etwa 15 000, ausgesperrt, um die Arbeiter zu zwingen, endlich mit den lokalen irregulären Streiks aufzuhören. Die Schnelligkeit, mit der die Aktion der Unternehmer betrieben wurde, erregte im ganzen Lande großes Aufsehen; es wirkte vor allem überraschend, daß die Unternehmer es in der Hand hatten, innerhalb 24 Stunden ihren Plan auszuführen. Am Nachmittag des 2. September erhielten die Arbeiter durch Maueranschlag von der bedrohenden Aussperrung Mitteilung und am 3. September mittags schlossen sich die Tore der Werften. Im Anschlag hieß es folgendermaßen:

Mitglieder des Verbandes der Kesselschmiede, die bei Armstrong, Whitworth, Henderson und Partil arbeiten, haben den für die Schiffswerften geltenden Vertrag gebrochen. Deswegen hat die Unternehmerversammlung beschlossen, auf die Dienste der Mitglieder des Kesselschmiedeverbandes zu verzichten, die in den föderierten Schiffswerken und Schiff-Reparaturwerkstätten beschäftigt sind. Wir teilen hierdurch den Mitgliedern des Verbandes der Kesselschmiede mit, daß sie die Arbeit am Samstag den 3. September einstellen sollen. Wir bedauern, daß infolge dessen auch die Richter, Gelfer u. s. w., die von den Kesselschmieden abhängig sind, am 3. September bis auf weiteres entlassen werden müssen.

Die Aussperrung war eine vollendete Tatsache, noch ehe die Vertreter der Arbeiter in irgend einer Weise mit den Vertretern der Unternehmer in Verbindung treten konnten. Und das interessanteste an der ganzen Sache ist, daß die Aktion der Unternehmer vollständig im geheimen vorbereitet wurde. In der Geschichte der wirtschaftlichen Arbeiterkämpfe Englands steht dieser Fall einzig da; er ist ein Beweis der riesenhaften Macht der Unternehmerorganisationen. Die mit so erstaunlicher Geschwindigkeit ins Werk gesetzte Aussperrung rollt die verschiedensten Probleme auf, die noch der Lösung harren. Für heute wollen wir uns indes mehr mit den aktuellen Dingen beschäftigen. 1909 kam zwischen allen Arbeiterkategorien der Schiffbauindustrie, die in etwa 20 verschiedenen Gewerkschaften organisiert sind, und der Unternehmerorganisation The Shipbuilding Employers' Federation ein Tarifvertrag zustande, dessen Bestimmungen dahin gehen, den Ausbruch von Streiks auf ein

